

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Donnerstag, den 4. Juni 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Industrielle Bestechungsmanöver.

Genosse Karl Liebknecht veröffentlicht jetzt im „Vorwärts“ Urkunden zum Fall Siemens-Schuckert. Wie wir immerlich, handelt es sich hierbei um die Bestechung japanischer Marineoffiziere und anderer japanischer behördlicher Organe zu dem Zwecke, dem Siemens-Schuckert'schen Elektrizitäts-Konzern Staatsaufträge zukommen zu lassen. Ein Angestellter der Firma Siemens-Schuckert, Richter, benutzte die Kenntnis dieses Treibens, um Schweigegelder zu erlangen und wurde deshalb von einer Strafkammer in Berlin wegen Erpressung zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Die Aufdeckung der Bestechungsmanöver hierbei gab der japanischen Regierung Veranlassung, eine Anzahl Marineoffiziere in Haft zu nehmen, ja selbst zu einer Ministerkrise hat der Marinestandal geführt. Die schuldige Firma blieb aber nach wie vor unangefastet.

Die Dokumente, die Genosse Liebknecht veröffentlicht, bringen nichts wesentlich Neues. Sie enthalten nur die schriftlichen Beweise für die verjachten und ausgeführten Bestechungen. Einige Briefe mögen hier folgen:

Unter dem 16. Juli 1911 schreibt der Procurist von Siemens-Schuckert, Berlin, Kestler, an Herrmann, den Leiter der Tokioer Filiale von Siemens-Schuckert:

„War es doch schon ein Frevel, das Kommissionsabkommen mit Fujii in London zu treffen, wo unser altes Abkommen noch besteht und tadellos funktioniert, ganz abgesehen davon, daß derartige Abkommen prinzipiell Sache unserer japanischen Filiale sind, die allein in der Lage ist zu beurteilen, mit wem man es dabei zu tun hat und ob ein besonderer Grund vorliegt zu einem so weitgehenden Abkommen wie 5 Prozent auf die Lieferungen für das in England im Bau befindliche Schiff und 2½ Prozent für alle anderen Lieferungen für die Marine... Sawafakis Einfluß kann ja nach dem jetzigen Gang der Sache nicht ausgeschaltet sein. Wozu also die Bestrebungen noch nach einer anderen Richtung hin Geld aufzuwenden... Bekommt denn Sawafaki auch für die Telefunkenlieferungen Kommission?“

In einem Brief des Herrmann-Tokio an S. B. D. W. London vom 25. Juli 1911 heißt es:

„Unsere Position heute ist nun die, daß wir durch Sawafaki Murakami für uns haben und deshalb alles, was durch Abteilung I (d. h. des Marineamts in Tokio) geht, zu unseren Gunsten beeinflussen können. Die uns in dem letzten Jahre zugegangenen Aufträge auf allen Gebieten, die direkt von Abteilung I bearbeitet werden, beweisen, daß diese Verbindung gut funktioniert... Nach allem, was ich von Fujii in Erfahrung gebracht habe, ist derselbe ein richtiger Kommissionsjäger. Ich bin überzeugt, daß derselbe nicht nur mit uns ein Abkommen hat, sondern mit den verschiedenen Maschinenlieferanten selbst und vielfach doppelte Kommissionen einsteckt. Solange wir Nutzen von ihm haben, kann uns das aber gleichgültig sein.“

C. R. U. (Central-Verwaltung-Webersee) der Firma Siemens-Schuckert-Berlin schreibt am 7. November 1911 an Herrmann-Tokio:

„Wenn wir in dem bisherigen Verhalten des Marineamts in Tokio auch eine gewisse Gewähr dafür hatten, daß wir unbeschadet der Konkurrenz höhere Preise verlangen können, so kann uns doch der eine oder andere Beamte der japanischen Marinekommission in London in große Verlegenheit bringen, wenn er eingehende Preis- und Qualitätsvergleiche anstellt.“

In Kapitän Ide, einem früheren persönlichen Adjutanten des Admirals Saito, haben wir es jetzt mit einem solchen Mann zu tun und auf ihn sind sicher auch die neuerdings in Tokio erhobenen Beischwerden zurückzuführen über unsere hohen Preise.“

Weiter wurde an Herrmann geschrieben, das Marineamt in Tokio habe den hartnäckigen Klagen dieses Mannes wohl auf die Dauer nicht sein Ohr verschließen können und so werde der Firma Siemens-Schuckert wohl nichts übrig bleiben, als eine größere Preisreduktion vorzunehmen. Denn der Kapitän Ide steht noch in das Interesse der Firma Siemens-Schuckert zu ziehen, dürfte zu spät sein. Das hätte früher geschehen müssen.“

Unter dem 25. November 1911 erwidert Herrmann-Tokio dem Kestler-Berlin: er halte es nicht für angebracht, allgemein einen größeren Preisnachlaß eintreten zu lassen, denn die Entscheidung über die Aufträge falle in Tokio und nicht in London.

Welche Gründe Kapitän Ide zu seinem gar nicht im Sinne der höchsten Behörden liegenden Vorgehen veranlassen, müßte jetzt Yoshida drüben untersuchen; immerhin, wenn der Mann uns dauernd lästig fällt,

muß er fallen und auch das wird nicht mehr sehr schwer sein zu erreichen. Jedenfalls halte ich es für zu früh, jetzt schon eine größere Preisreduktion allgemein zu machen.

Das Wichtigste für uns wird jetzt, wie ich schon früher ausführte, sein, daß Yoshida einmal in den Verhältnissen... Klarheit schafft und speziell diejenigen Leute ausfindet, die nicht für uns und im Sinne seiner hiesigen Freunde arbeiten, für deren Entfernung oder Unschädlichmachung er dann sorgen muß.“

Unter dem 25. Januar 1912 schreibt die Leitung von Siemens-Schuckert-Berlin an Siemens Brothers-London „betreffend Yarrow (eine englische Firma, die Torpedoboots für Japan baut):

„Wir unsererseits möchten an Stelle einer prozentualen Kommission eine runde Summe von 2000 Pfund Sterling bis 2500 Pfund Sterling (= 40 000 bis 50 000 Mark) als Vergütung für unsere japanischen Freunde in Vorschlag bringen... In der Summe von 2000 Pfund Sterling bis 2500 Pfund Sterling ist die Kommission von 8½ Proz. jedoch eingeschlossen, die wir vertragsgemäß unsererseits für die elektrische Ausrüstung zu zahlen hätten.“

Weiter hebt der Vertreter von Siemens-Schuckert-Tokio in einem Brief vom 22. Juli 1913 an die Firma Telefunken-Berlin, eine Tochtergesellschaft von Siemens-Schuckert und der A. C. G. hervor:

daß in dem Preis für die drahtlose Großstation außer 20 Proz. bezw. 10 Proz. Provision für das technische Bureau Tokio noch 15 Proz. für „besondere Abgaben“ enthalten seien.

Weiter ergeben die bei Richter beschlagnahmten Papiere folgendes:

Im April 1912 hat Herrmann-Tokio mit einem höheren Beamten der Eisenbahnverwaltung zu Tokio, namens Yoneda, ein Abkommen getroffen, in dem sich ersterer verpflichtet, dem letzteren für alle Bahnaufträge, auch die Block-Signal-Anlage, eine Provision von 13 Prozent zu zahlen.

Das japanische Marineamt bestellte bei Telefunken-Berlin durch Siemens-Tokio eine drahtlose Großstation für circa 1 500 000 Mark. In dem Bestellschreiben, das Siemens-Tokio an Telefunken richtete, heißt es u. a., daß in dem Preise außer 20 Prozent Provision auf eigene Fabrikate und 10 Prozent Provision auf fremde Fabrikate für Siemens-Tokio noch 15 Prozent für besondere vertrauliche Ausgaben enthalten seien.

Bedeutend an diesem Material sind die Bestechungen hoher und höchster japanischer Offiziere und Beamte, die sich keineswegs als eine allgemeine Sitte verteidigen lassen: das hat die Wirkung dieser Entschuldigungen auf die japanische Politik und das anscheinend rückwärtslose Eingreifen der japanischen Behörden bewiesen. Mit den Namen Sawafaki, Fujii, Murakami, drei japanischen Admiralen, sowie Yoneda ist die Liste der Bestochenen nicht erschöpft. — Das braucht nicht erst durch die Untersuchung in Japan festgestellt zu werden; das beweist schon der allgemeine Hinweis auf die „Freunde“ im Marineamt, die „zuverlässig arbeiten“. Vor allem aber die brutale Sicherheit, mit der die Vernichtung und Unschädlichmachung aller derjenigen Beamten zum Ziele gesetzt wird, die „nicht für uns arbeiten“.

Nicht ohne Interesse ist schließlich die Haltung der deutschen Regierung. Die Akten gegen Richter werden eingeleitet mit einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes, das zunächst den Tatbestand erzählt und zugestimmt, daß die Veröffentlichung der streng vertraulichen Briefe der Firma Siemens-Schuckert geschäftlich schwer schädigen konnte und dann wird die Staatsanwaltschaft quasi angewiesen, den Richter unschädlich zu machen:

„Da es sich um deutsche Interessen handelt, dürfte daher eine Strafverfolgung durch das zuständige deutsche Gericht angezeigt erscheinen. (§ 4 Absatz 2 Nr. 3 Str.-G.-B.) Der Täter hatte, wie festgestellt, seinen letzten inländischen Wohnsitz in Charlottenburg, Leibnizstraße 28, IV. Es dürfte also nach §§ 8, 9 der Str.-P.-O. bei dem königlichen Landgericht III Berlin ein Gerichtsstand begründet sein. Richter befindet sich im Ausland, hat seinen inländischen Wohnsitz und ist auch sonst bei der Höhe der ihm drohenden Strafe der Flucht verdächtig. Außerdem besteht die Gefahr, daß er die von ihm entwendeten Briefe zu verheimlichen versuchen wird. Es scheinen daher die Voraussetzungen für den Erlass eines Haftbefehls gegeben zu sein.“

Berlin, den 14. November 1913.

(Untersigniert: Auswärtiges Amt.)
Regierung und Großkapital fühlen sich solidarisch, wenn es gilt, Angriffe auf den Kapitalismus abzuwenden und die Behörden leisten hierbei hilfreiche Hand.

Der deutsche Lehrertag.

Der Deutsche Lehrertag ist am Pfingstmontag in Kiel zusammengetreten. Rund 8000 Teilnehmer haben sich eingefunden, so daß der Kieler Lehrertag neben dem Berliner vor zwei Jahren die imposanteste Tagung der Lehrer ist. Die Hauptversammlungen tagen in der 12 000 Personen umfassenden großen Marine-Exerzierhalle. Die Marineverwaltung ist überhaupt den Lehrern mit einer großen Zahl von Veranstaltungen entgegengekommen, um die Flottenbegeisterung bei den Erziehern der Kinder des Volkes zu wecken. Mit einem Begrüßungsabend, Montagabend 18 Uhr, wurde die Tagung eröffnet. Es sprachen Gäste aus Frankreich, Finnland, Belgien, Vereinigte Staaten. Die Hauptversammlungen finden Dienstag und Mittwoch statt. Hauptgegenstand der Beratung ist die nationale Einheitschule. Schon in den Begrüßungsreden am Montagabend wurde von dem Vertreter des Kieler Festauschusses die Forderung erhoben: ein Volk, eine Schule, eine Lehrerschaft. Der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses forderte ebenfalls die Entwicklung der Volksschule zur nationalen Einheitschule. Das Referat über „nationale Einheitschule“ hat Dr. Kerchensteiner-München übernommen. Weiter steht noch auf der Tagesordnung ein Referat von Lehrer Brunette-Hannover über: „Droht unserer Schularbeit die Gefahr der Veräußerlichung und wie ist ihr zu begegnen“ und ein Referat von Seminarleiter Dr. Senfert-Jishopan i. Sa. über das Thema: „Der Deutsche Lehrerverein und die pädagogische Wissenschaft“. Nebenher laufen eine ganze Anzahl von Nebenversammlungen.

Von besonderem Interesse war die Hauptversammlung der Vereinigten Prüfungsausschüsse für Jugend- und Schulwesen, die sich mit der Frage der Literaturpflege bei Jugendlichen beschäftigte. Der Referent Lehrer Köster-Hamburg erkannte an, daß Bedürfnis für wirtschaftliche und sozialpolitische Literatur nur bei jungen Arbeitern und Arbeiterinnen zu finden sei. In der Debatte kam auch der sozialdemokratische Redakteur Adler zum Wort und schloß sich eingehend dem Wesen der Jugendarbeit der organisierten Arbeitererschaft. Ein Redner hatte Jugendbildungsarbeit in den Fortbildungsschulen gefordert. Adler wandte sich unter lebhafter Zustimmung der Versammlung gegen diese Forderung, die Jugendorganisationen müßten ihre Selbständigkeit bewahren,

Zu dem Thema: „Nationale Einheitschule“ führt der Referent Dr. Kerchensteiner-München folgendes aus: Die allgemeine öffentliche Schule müsse jedem Kinde ohne Ausnahme jene Erziehung ermöglichen, auf die es nach Maßgabe seiner Veranlagung Anspruch erheben kann. Private Erziehungsanstalten außerhalb der allgemeinen öffentlichen Schule dürfen nur dann von der Staatsgemeinschaft gestattet werden, soweit die Erziehungsabsichten nicht dem Gesamtwohl der Gemeinschaft zuwiderlaufen, soweit die privaten Erziehungsanstalten mindestens das Gleiche bieten, wie die öffentlichen und solange dafür keine öffentlichen Mittel verlangt werden. Die Lasten der allgemeinen öffentlichen Schulen sind nicht durch besondere Schulgelder, sondern aus allgemeinen öffentlichen Einnahmen zu decken. Die Lehrmittelfreiheit ist mehr eine Frage der Zweckmäßigkeit als eine innere Notwendigkeit; in allen öffentlichen Schulen aber sind mittellose Schüler Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Jede Differenzierung der Schule nach ökonomischen oder sozialen Rücksichten ist eine Verletzung des Rechts- und Kulturstaats, notwendig ist aber eine Differenzierung nach der Wachstumseife des Zöglings, nach dessen Veranlagung für einzelne Kulturgebiete und nach dem Zwecke der Schule. Die Grundforderung dieser Differenzierung ist, daß jeder Schüler in der allgemeinen öffentlichen Schule die Bildungswerte vorfindet, die seiner Veranlagung entsprechen. Die durch die Differenzierung des allgemein öffentlichen Schulwesens entstandenen Zweige wahren aber dann den Charakter der Einheitschule, wenn ihre Organisation den Übergang von einem Zweige zum andern dem entsprechend begabten Schülern ohne all zu große Opfer, wenn nötig durch Uebergangsschulen ermöglicht. Die Gestaltung, Verwaltung und Beaufsichtigung der Schule ist ausschließlich Angelegenheit der Staatsgemeinschaft. Das Organisations- und Verwaltungsrecht darf aber für keine Gattung zentralisiert werden, sondern es ist in möglichst weitgehender Selbständigkeit nach gewissen Mindestforderungen dem untergeordneten rechtlichen Korporationen zu überlassen. Zum Schluß fordert Redner noch für alle Lehrer die gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeit. — Der geschäftsführende Ausschluß hat die Forderungen des Referenten in folgende kurze Resolution zusammengefaßt: Die deutsche Lehrerversammlung fordert in Uebereinstimmung mit den Ausführungen und den Zeitfragen des Vortragenden die organisch-gegliederte nationale

Einheitskate, die einen einheitlichen Lehrstand zur notwendigen Voraussetzung hat und in der jede Trennung nach sozialen und konfessionellen Merkmalen beseitigt ist. Sie richtet daher an alle volks- und bildungs-freundlichen Kreise des deutschen Volkes die Aufforderung, alle Kräfte daranzusetzen, daß die Verwirklichung dieser Einheitskate alle bestehenden Widerstände überwinden werde.

In der Debatte wurden nur wenige Einwände gegen die Forderungen des Referenten gemacht. Einige Redner wandten sich gegen die Differenzierung der Schüler. Ein Redner hielt die Zulassung von Privatschulen für verhängnisvoll, sie würden der Kirche anheimfallen und damit würde der konfessionellen Erziehung Tür und Tor geöffnet. Die Mehrzahl der Redner unterstützt kräftig die Forderungen des Referenten, so besonders der Schulrat Dr. Sidinger-Mannheim und der Generalsekretär Tsch-Berlin. Tsch ermahnt die Lehrer ganz besonders, sich nicht nur hier auf der Lehrerversammlung prinzipiell für die Einheitskate zu bekennen, sondern auch praktisch zu Hause dafür einzutreten, und die Forderung nicht zu verleugnen, wie es oftmals geschehen sei. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen, worauf die Versammlung in stürmischen Beifall ausbrach.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Professor von Vitz über die Baseler Konferenz.

In der „Vossischen Zeitung“ gibt der bekannte Rechtslehrer Reichstagsabg. v. Vitz seine Meinung über die Baseler Konferenz, zu deren Teilnehmern er zählte, wieder. Er führt u. a. aus:

„Von französischer Seite ist der von uns einstimmig angenommene Vorschlag ausgegangen, an demselben Tage je eine große Kundgebung in jedem der beiden Länder unter Beteiligung von Mitgliedern des Reichstages wie der französischen Kammer zu veranstalten. Wenn irgend möglich, sollen die beiden Versammlungen noch in diesem Jahr stattfinden. Die Wahl der Städte für die Kundgebung ist in der Resolution offen gelassen. Auf beiden Seiten hielt man es für zweckmäßig, fürs erste von Berlin und Paris abzusehen; München und Lyon hielt man dagegen für durchaus geeignet. Aufgabe des Vorstandes wird es sein, für die Durchführung des Beschlusses zu sorgen. Daß die machtvolle Kundgebung des Willens zum Frieden in der französischen wie in der deutschen Bevölkerung lebhaften Widerhall finden werde, stand bei uns allen fest. Die gewerbmäßigen Kriegsheer hüben und drüben werden sich überzeugen müssen, daß sie eine verjährende kleine Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Daß die führenden Parteien im deutschen Reichstag wie in der französischen Deputiertenkammer für eine Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland vor aller Welt vereint einzutreten sich entschlossen haben, wird auch in den Kreisen den Eindruck nicht verfehlen, die bewußt oder unbewußt dem Interesse der internationalen Rüstungsindustrie zum Nachteil ihres Vaterlandes dienen.“

Professor v. Vitz begrüßt dann den vereinbarten Nachrichtenendienst und schließt seine beachtenswerten Ausführungen mit den Sätzen:

„Die aus natürlichen Ursachen entstandene, aber künstlich geschürte Spannung zwischen Deutschland und Frankreich bildet heute den Angelpunkt der europäischen Politik, den einzigen Rechtfertigungsgrund für das sinnlose Wettrüsten zu Wasser wie zu Lande. Eine Annäherung der beiden Völker wäre die Sicherung nicht nur des europäischen Friedens, sondern auch der europäischen Kultur. Die Erreichung dieses Zieles ist heute in greifbarer Nähe gerückt. Verbrecherische Torheit wäre es, nicht zuzugreifen.“

Preussisches Landrecht gegen Reichsgesetz.

Die Solinger Polizeibehörde hat bekanntlich kürzlich eine proletarische Freidenker-Versammlung aufgelöst. Der Redner, Genosse Neus sollte zunächst eine Gotteslästerung begangen haben. Diese Begründung wurde dann fallen gelassen und nachträglich die Auflösung mit Bestimmungen des „Allgemeinen Landrechts“ aus dem Jahre 1793 gerechtfertigt. Das Reichsgesetz wurde von der Solinger Polizei einfach ausgeschaltet und der Regierungspräsident in Düsseldorf wies die Beschwerde ebenfalls ab mit folgender Begründung:

Nach den Feststellungen (der Polizei. D. Red.) herrschte in der Versammlung, namentlich nach Annahme der Resolution, eine große Erregung. Die Unruhe steigerte sich während des Schlusswortes des Reichstagsabgeordneten Neus kändig. Als dieser endlich mit immer schärferen Worten die religiösen Gefühle zahlreicher Anwesender verletzte, entstand in der Versammlung, deren Teilnehmer sich größtenteils erhoben hatten, ein heftiger Tumult. Nach diesem Verlaufe der Versammlung war die Annahme gerechtfertigt, daß durch Ausschreitungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet würde. Die Auflösung ist daher zu Recht erfolgt.“

Gegen diese sonderbare Begründung ist beim Oberverwaltungsgericht nunmehr Rekurs angemeldet.

Für obligatorische Fleischbeschau

hat eine Konferenz badischer Fleischbeschauer sich energisch ausgesprochen. Der Referent machte den anwesenden Regierungsvertreter aufmerksam auf die Tatsache, daß in 1/2 des badischen Landes zirka 4000 Stück Kleinvieh (Kälber und Schweine) notgeschlachtet wurden, bei denen überhaupt keine Beschau vorgenommen wurde. Es befanden sich darunter besonders Schweine aus dem Schwarzwald, die wegen Krankheit notgeschlachtet, gejalzen und geräuchert wurden und dann als Schwarzwälder Speck und Schinken in die Welt hinauswandern. Der Redner richtete an den Regierungsvertreter die Bitte, an maßgebender Stelle darauf hinzuwirken, daß endlich auch die Hauschlachtungen unter die Beschau gestellt werden im Interesse einer guten Kontrolle.

Bischof sind im Reichstag alle Verträge, die Fleischbeschau obligatorisch auf alle Hauschlachtungen auszuweisen, an dem Widerstand der Agrarier in allen bürgerlichen Parteienlagern gecheitert.

Der Streit um das Reichstagspräsidium.

Dr. Julius Bahem behandelte im „Tag“ die Stellung des Zentrums zur Zusammenziehung des künftigen Reichstagspräsidiums. Daß Herr Kämpf nicht mehr in Frage kommen kann, hält Bahem für selbstverständlich; er wendet sich aber scharf dagegen, daß das Zentrum es übernimmt, den Präsidenten zu stellen. Dagegen hält er es für richtig, wenn die Zentrumsfraktion die Stelle des ersten Vizepräsidenten beansprucht. Das Zentrum wird also nicht darauf reflektieren, den Präsidenten zu stellen, aber auch die Nationalliberalen lehnen diese Ehre ab; wenigstens führt der Abg. Wasserfmann in einem Artikel der „Ostseezeitung“ aus, daß die nationalliberale Partei gar nicht daran denke, dieses vornehmliche Amt für einen der Ihren zu erstreben. — Jedenfalls steht so viel fest, daß auch im kommenden Herbst die Wahl des Präsidiums durchaus nicht glatt ablaufen wird.

Unterstaatssekretär im Reichsmarineamt.

Der Kaiser hat den Admiral v. Capelle im Reichsmarineamt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs betraut. Dieser Vorgang ist deshalb merkwürdig, weil im Marine-Etat die Stelle eines Unterstaatssekretärs nicht enthalten ist. Admiral v. Capelle ist zwar nur mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs betraut worden, das bedeutet aber, daß im kommenden Marine-Etat die Stelle eines Unterstaatssekretärs gefordert wird, die in Wirklichkeit schon vorhanden ist.

Die Schweizer Regierung und die deutsche Wehrsteuer.

Die Schweizer kapitalistische Presse verlangt, daß der Schweizer Bundesrat bei der deutschen Reichsregierung vorstellig werde, weil angeblich die schweizerischen Aktien-gesellschaften in Deutschland von der Wehrsteuer stärker belastet würden, als die deutschen, was im Widerspruch mit dem deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag steht. Wie aus einer offiziellen Meldung zu schließen ist, hat der Bundesrat bereits beschlossen, einen solchen Schritt zu unternehmen.

Das Ende des Berliner Antisemitenblattes.

Die „Staatsbürger-Zeitung“, die sich seit einigen Wochen in den Händen des Lebicus befindet, geht mit Ende dieses Monats als Tageszeitung ein. Es soll versucht werden, das Organ als Wochenblatt zu halten, doch dürfte auch diese Form den völligen Zusammenbruch nur noch einige Zeit hinausschieben.

Dänemark.

Die obstruierenden Konservativen. Der Landsting verhandelte gestern über die Vorlage betreffend ein neues Wahlgesetz für die beiden Kammern des Reichstags. Von der Mehrheit, Linken, Sozialdemokraten und Radikalen, gestellten Abänderungsvorschläge wurden mit 33 gegen 31 Stimmen der Konservativen angenommen. Namens der Konservativen erklärte der Führer der Rechten, Piper, daß die Konservativen, da sie nicht die Verantwortung tragen wollten, daß das Gesetz angenommen werde, sich genötigt sähen, den Saal zu verlassen; dies werde jedesmal geschehen, so oft der Entwurf zur Beratung komme. Darauf verließen die Konservativen den Saal. Bei der Abkündigung wurde die abgeänderte Vorlage mit 33 Stimmen angenommen. 32 Abgeordnete waren abwesend. Der Präsident stellte fest, daß der Landsting nicht beschlußfähig sei. Zur Beschlußfähigkeit sei erforderlich, daß mehr als die Hälfte der 66 Landsting-Mitglieder an der Abstimmung teilnehme.

Rußland.

Die Komödie in der Duma. Der Oktobrist Rodsjanko wurde mit 217 gegen 9 Stimmen zum Präsidenten und der Oktobrist Barunsket mit 205 gegen 21 Stimmen zum Vizepräsidenten der Reichsduma wiedergewählt. Die aus Fortschrittlern, Kadetten, Arbeiterparteilern und Sozialisten sich zusammensetzende Opposition enthielt sich der Abstimmung. Als Rodsjanko den Sessel des Präsidenten einnahm, wurde er vom Zentrum und der Rechten mit lebhaftem Beifall begrüßt. Er dankte der Duma für das ihm von neuem bewiesene Vertrauen; er schöpfe daraus die Zustimmung der Duma, daß sie ihren Präsidenten unterstützen werde, um die in der gegenwärtigen Session vorliegenden gesetzgeberischen Arbeiten zu einem glücklichen Ende zu führen. Der Präsident forderte die Abgeordneten auf, gegenüber anders gerichteten Meinungen Duldsamkeit zu zeigen und die traurigen Umstände zu vermeiden, die die glänzende Tätigkeit der Duma, der das Wohl des Vaterlandes rühmlich ver-dunkeln. (Wiederholter Beifall und Bravo'se aus dem Zentrum und der Rechten.) Da der zum Vizepräsidenten gewählte Oktobrist Propopow zugunsten Barunskets auf seine Ernennung zum ersten Vizepräsidenten verzichtet hatte, wurde dieser zum ersten Vizepräsidenten proklamiert. — Die Komödie ist also beendet.

Frankreich.

Mit der Kabinettsbildung ist vom Präsidenten der Republik Viviani beauftragt worden. Viviani will sich erst heute entscheiden.

Amerika.

Mexiko und die Vereinigten Staaten. Der in Niagara Falls tagenden Verständigungskommission teilten die mexikanischen Delegierten mit, daß Huerta bereit sei, von der Präsidentschaft zurückzutreten, der Rücktritt werde jedoch erst dann erfolgen, wenn das Land politisch beruhigt sein und die kommende Regierung die öffentliche Meinung für sich haben werde. Wenn es also nach Huerta geht, dann wird er noch recht lange auf dem Präsidentensessel bleiben.

Huerta hat nun auch „sein“ Attentat. Nach den letzten in New York vorliegenden Meldungen ist gestern auf Huerta, als er in seinem Automobil die Straßen durchfuhr, von einer Anzahl Studenten ein Attentat verübt worden. Sein Wagen wurde von Studenten gestürmt, die mehrmals auf den tief im

Wageninnern sitzenden Huerta ihre Revolver abfeuerten. Wunderbarerweise blieb sowohl der Präsident, als auch der Offizier und der Chauffeur unverletzt. Nur die Scheiben des Wagens wurden zertrümmert. Vier von den Studenten, die nach dem Attentat die Flucht ergriffen, konnten verhaftet werden. Sie wurden sofort standrechtlich erschossen. Ob diese Nachricht, die sehr sensationell klingt, Bestätigung finden wird, muß man abwarten.

Balkan.

Wenn die Hoffnung nicht wär . . . Die wiederholt vertagte Verhandlungen der internationalen Kontrollkommission mit den Aufständischen sind abermals verschoben worden; sie sollen heute aufgenommen werden. Man hofft noch auf eine friedliche Lösung mit Hilfe des österreichisch-ungarischen Konsuls Kral, der die Sprache der Aufständischen spricht und die Leute kennt. Die albanischen Nationalisten sind gegen jede Verhandlung mit den Rebellen, sie sind für ein energisches Vorgehen des Fürsten.

Der serbische König und die Regierung. Wie in politischen Kreisen übereinstimmend erklärt wird, war der König gewillt, das Kabinetts-Basitsch mit der Leitung der Neuwahlen zu betrauen, jedoch unter der Bedingung, daß die Verordnung über die Priorität der Zivilbehörden, wodurch die Stellung des Offizierkorps in den neuen Gebieten beschränkt wird, zurückgezogen oder nur auf das alte Staatsgebiet beschränkt bleibe. Im Ministerrate wurde indessen beschlossen, daß die Verordnung unverändert in Kraft bestehen müsse, und daß die Regierung auf ihrer bereits unterbreiteten Demission beharre. Der König nahm schließlich diese mit Bedauern an. Bezüglich der weiteren Entwicklung der Krise herrscht die Auffassung vor, daß der König nach Befragung der oppositionellen Parteiführer die Bildung des neuen Kabinetts dem aus Jungradikalen, Nationalisten und Fortschrittler bestehenden oppositionellen Block anbieten werde. Da jedoch die Jungradikalen als stärkste Oppositionspartei nicht gewillt sind, ein gemeinsames Wahlkabinetts mit den übrigen oppositionellen Parteien zu bilden, hält man es noch immer nicht für ausgeschlossen, daß in der Verordnungsfrage zwischen der Krone und der alttradikalen Partei ein Kompromiß erzielt wird.

Rumänische Wahlen. Am Montag fanden in Rumänien die Wahlen im ersten Wahlkörper für die konstituierende Versammlung statt. Es wurden gewählt: 45 Liberale, 19 Konservative, 9 konservative Demokraten, 2 Unabhängige. Vier Stichwahlen sind erforderlich. Das rumänische Wahlrecht verjagt den Arbeiter jede Wahlbeteiligung, deshalb dieses Resultat.

Afrika.

Eine Zirkulernote der Mongolei an die Großmächte. Nach einer Depesche aus Peking hat die mongolische Regierung in gleichlautenden Notizen der englischen, französischen und deutschen Regierung erneut mitgeteilt, daß sie nicht mehr unter chinesischer Oberhoheit stehe. Die mongolische Regierung fordert in dieser Note die Mächte auf, nach Urga Konsuln oder andere Vertreter zu entsenden, um Handels- und Freundschaftsverträge, ähnlich denjenigen mit Rußland, abzuschließen. Das gleiche Ansuchen ist von der mongolischen Regierung bereits zweimal gestellt worden, doch war darauf bisher eine Antwort nicht eingetroffen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 4. Juni.

Der Bürgerauschuß genehmigte resp. bewilligte in seiner heutigen Sitzung folgende Anträge des Senates: Gewährung einer Beihilfe von 1750 Mark auf 3 Jahre an die Lübecker Badeanstalt. Gewährung einer Beihilfe von 1000 Mark an den Lübecker Ballspielklub von 1903. Verlegung der Sommerpostanstalt Trögenmünde 2 in den Städtischen Kurjaal. (Kosten 1500 Mk.) Neubau zweier Zolzhäuschen (12 000 Mk.) Beschaffung eines Motor- und eines Anhängewagens für die Straßenbahn. (Kosten 46 535 Mk.) Verbesserung der Wehrstr. in St. Lorenz-Vord. (1950 Mk.) Grenzbegradigung am Grundstück des katholischen Krankenhauses, Parade Nr. 3. Ausführung von Anlagen und Änderungen beim Erweiterungsbau des Allgemeinen Krankenhauses. Ankauf des Grundstücks Schildstraße Nr. 12/14 durch den Lübeckischen Staat und Verkauf eines Areals aus dem Grundstücke Schildstraße Nr. 6, 8, 10 an den Kaufmann Johannes Drath. (75 000 Mk.) Erhöhung des dem Deutschen Schulschiff-Verein für das Jahr 1914 bewilligten Beitrages um 1000 Mark jährlich. Erlass eines Gesetzes, betreffend die Beiträge zum Wasserwerk, sowie die Herstellung, Unterhaltung und Abänderung von Privatwasserleitungen im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde. Errichtung eines Lustbades in der Badeanstalt Gallenwiefe. (2300 Mk.) Beschaffung eines Straßenprengwagens. (1200 Mk.)

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Juni 1914: 3414 Mitglieder, darunter 599 Mitglieder von Erbschaften, deren Rechte ruhen, gegen 26 671 im Jahre 1913. Auf Männer entfielen davon 23 204 (1913: 17 929), auf Frauen 11 210 (1913: 8742). Emergenzfähig krank waren am letzten Mai: Männer 482 (1913: 387) und Frauen 312 (1913: 384). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Mai 2175 (1913: 2023) erteilt. Sterbegebild wurde im Mai für Mitglieder in 21 Fällen, für Angehörige in 38 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die jagungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 15 Fällen mit Strafe zu belegen. — Die freiwilligen Kostenbeiträge mülten Mittwoch und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Fahrpreiserhöhungen auf der Straßenbahn. Der Bürgerauschuß hatte sich in seiner heutigen Sitzung mit einem Senatsantrag zu beschäftigen, in dem die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten um die Ermächtigung nachsucht, Ermäßigungen des Tarifs der Straßenbahn nach ihrem Ermessen selbständig vorzunehmen. Die Abteilung Straßenbahn der Verwaltungsbehörde führt zur Begründung aus: Der Verein für Handlungskommiss von 1853, kaufmännischer Verein, Bezirk Lübeck, hat sich am 1. April d. J. mit einer Eingabe an den Senat gewandt, dahin gehend, für die durch die Straßenbahn jetzt erreichbaren, in den Außengebieten gelegenen kaufmännischen und industriellen Betriebe billigere Fahrpreise in Form von Monatskarten oder dergl. einzuführen. Dieser Wunsch des Vereins, für die Priva-tangestell-ten, die durch die Lage ihrer Wohnungen gezwungen sind, den Weg zu den Arbeitsstätten hin und her regelmäßig mehrmals täglich zurückzulegen, eine Preisermäßigung bei

Benutzung der Straßenbahn zu erlangen, ist durchaus begreiflich und findet eine lebhaftere Unterstützung von Seiten der Betriehselbst, denen dadurch die Erlangung geeigneter Verkehrsstraßen nicht unmaßtendlich erleichtert werden würde. Gerade aber die Unterstützung unserer jungen Industrie und das Bestreben durch gute Verbindungen den weiteren Zugang neuer Betriebe nach Möglichkeit die Wege zu ebnen, haben neben dem Wunsche, unserer Stadt die durchaus notwendigen Verkehrsverbindungen zu schaffen, dahin geführt, die Außenlinien der Straßenbahn in verhältnismäßig kurzer Zeit auszubauen. Vergewärtigt man sich aber diese Tatsache, so wird man zugeben müssen, daß die Erfüllung des Wunsches, welcher jetzt von den Privatangehörigen dem Senate entgegengebracht ist, nur einen weiteren Schritt in der gleichen Richtung bedeuten würde. Es fragt sich nur, ist es richtig, wenn man Fernarten überhaupt ausgeben will, diese auf die Privatangehörigen zu beschränken, oder sollte man nicht gleich weitergehen und diese Vergünstigung dann der Allgemeinheit zugute kommen lassen. Voraussetzung bleibt dabei natürlich immer, daß es sich lediglich um einen geregelten Fernverkehr handelt, also um Monatskarten für eine von vornherein festgelegte Strecke und Zahl von Fahrten. Die Abteilung für die Straßenbahn hält nicht nur den Wunsch der Privatangehörigen für berechtigt, sondern glaubt sich auch für die liberale Auffassung entscheiden und diese Karten für den Fernverkehr der allgemeinen Benutzung freigeben zu sollen. Sie schlägt vor, als zum Fernverkehr gehörig lediglich die Verbindung mit Rüdnitz und Schlutup anzusehen, und zwar auch diese nur für Strecken, die 20 Pfg. und mehr kosten. Es erscheint der Abteilung ferner praktisch, einen Unterschied zu machen für eine zweimalig und eine viermalig tägliche Benutzung dieser Strecken, auf alle Fälle aber die Zahl der zulässigen Fahrten festzulegen. Bei einer zweimaligen Benutzung würde ein Fahrgast jezt monatlich 30 x 40 Pfg. = 12 Mark zu zahlen haben. Die Verwaltung schlägt vor, folgende Monatskarten auszugeben: Bei einer 2mal täglichen Benutzung 7,50 Mark inkl. Steuer, bei einer 4mal täglichen Benutzung 9,90 Mark inkl. Steuer. Es bestand zunächst die Absicht, noch einen Unterschied zu machen zwischen einer 20-Pfg.- und einer 25-Pfg.-Strecke. Nach reiflicher Prüfung glaubt die Verwaltung aber den jetzigen, allerdings weitergehenden Vorschlag im Interesse der Sache bringen zu sollen. Die Abteilung der Straßenbahn kommt zu diesem Vorschlag, da sie, wie schon vorstehend angeführt, in ihm ein weiteres Mittel zur Förderung der Erschließung unserer entfernt gelegenen Ländereien erblickt, und weil sie eine Verbilligung für den regelmäßigen Fernverkehr im Interesse der Wohnungsverhältnisse für sehr wünschenswert hält. Sie glaubt auch, daß der zunächst wohl eintretende Einnahmeausfall nicht von Bedeutung sein und in absehbarer Zeit infolge vermehrter Benutzung dieser Außenlinien seinen Ausgleich finden wird. Der Bürgerausschuß sprach sich gutachtlich für den Antrag des Senates aus. Von sozialdemokratischer Seite sind in der Bürgerschaft ja schon wiederholt dementsprechende Wünsche geäußert worden.

Sanierung im Hochwassergebiete. In der Bürgerschaft wurde vor einiger Zeit ein Antrag angenommen, welcher vom Senat verlangt, daß staatl. seitens Maßnahmen zur Sanierung der durch das Hochwasser-gefährdeten Gebäudekomplexe an der Untertrabe ergriffen würden. Jetzt hat der Senat in gewisser Weise diesen Anregungen entsprochen. Heute gelangte an den Bürgerausschuß ein Antrag des Senates zur gutachtlichen Mitgenehmigung, die den Ankauf der Grundstücke Engelswisch 26 und Hellgrüner Gang 14, 15 und 16 bezweckt. Zur Begründung wird ausgeführt:

Die Behörde für Wohnungspflege hat angeregt, die Grundstücke Engelswisch Nr. 26 und Hellgrüner Gang Nr. 14, 15 und 16 anzukaufen. Sie ist der Ansicht, daß es nach Niederlegung der auf diesen Grundstücken vorhandenen, recht mangelhaften Baulichkeiten, die selbst nach Wiederherstellung wegen ihrer tiefen Lage ganz minderwertige Wohngelegenheiten darstellen werden, möglich ist, einen besseren Zugang zum Hellgrüner Gang zu schaffen, einen Platz zur Anlage eines Abortgebäudes für andere Buben dieses Ganges zu erhalten und somit in der Sanierung dieses Ganges einen erheblichen Schritt vorwärts zu kommen. Das Finanzdepartement ist mit den Eigentümern der Grundstücke, den Erben des verstorbenen Georg Wilhelm Daniel Hey und der Ehefrau des Korbmachers Karl Nielsch, in Verhandlungen eingetreten. Diese haben ihm darauf Kaufangebote entgegengebracht. Hiernach sind die Neuzugeworbenen bereit, ihre Grundstücke Engelswisch Nr. 26 und Hellgrüner Gang Nr. 14 und 15, die mit 9000 Mk. beschwert sind, für 9000 Mk. zu verkaufen; Frau Nielsch fordert für ihr Grundstück Hellgrüner Gang Nr. 16 1750 Mk. Diese Preise sind als angemessen zu betrachten.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 8. Juni 1914, abends 6 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl der Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage, betr. Erweiterung der Feuerwache in der Hansstraße. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Anstellungsverhältnisse des Konsulenten der Gewerbestammer. 2. Schaffung einer Ranzkassenstelle beim Stadt- und Landamte (Gesundheitsamt). 3. Neubau einer Schutzmannswohnung in Ruffe. 4. Schaffung einer Kassenstelle beim Allgemeinen Krankenhaus. 5. Errichtung einer realgymnasialen Studienanstalt an der Ernestinenschule.

b. Schöffengericht am 4. Juni. Das „vergessene“ Portemonnaie. Für 6,37 Mark Kolonialwaren ließ sich die Krankenwärterin S. in einem fremden Laden einpacken, hatte jedoch, als es ans Bezahlen ging, das Portemonnaie zu Hause liegen lassen. Das „Mädchen“ sollte es nachher bringen. Unter diesem Mädchen verstand die Kaufmannsfrau einen dienstbaren Geist, die Angeklagte eines ihrer drei Kinder. Wiken ließ sich niemand mehr, erst als die Klage drohte, wurden einige Mark abgetragen. Die Frau war allerdings in großer Not, doch ist sie wegen ähnlicher Geschehnisse vorbestraft, aber begnadigt worden. Diesmal wird sie zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. — Ein schlechter Arbeitskollege war der Schlosser B., der einem jungen Menschen in der Betriebswerkstatt der L. B. G. 8,90 Mark aus dem Geldbeutel stahl. Den Betrag ersehete er wieder. Urteil vier Wochen Gefängnis. — Ein blauer Junge. Mit verschiedenen Vorstrafen behaftet, rückte der Heizer R. aus Rommern zur Marine bei der 1. Rüstdivision in Kiel ein, bei der es ihm nicht sonderlich gefiel. Er rückte deshalb wieder aus und kam unter falschem Namen nach Lübeck. Hier machte er die Bekanntschaft zweier Bäckernechte, von denen einer einen Ueberzieher gestohlen hatte, den R. für 4 Mark verfertigte. Er erhielt 1 Mark Vermittlungsgebühren und machte aus dem Pfandschein beim Handel noch eine Reichsmark. Von dem Diebesgut will R. nichts wissen und wegen Verleitung eines falschen Namens behauptet er, vom Kriegsmarinegericht schon bestraft zu sein. Von einer dreimonatigen Strafe wegen Uebertretung der Seemannsordnung und Diebstahls werden ihm 20 Tage, 17 Stunden und 55 Min. erlassen. Er wird heute wegen falscher Namensangabe zu einer Woche Haft und wegen Hehlerei zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte die Stellung eines Verteidigers beantragt, doch wurde dieser Wunsch abgelehnt, da die Tat nicht so schwerwiegend angesehen wurde, um den Antrag zu rechtfertigen. — Eure Rede sei ja, ja, nein, nein! Der Handlungsgehilfe B. hatte seinem Hauswirt

Sp. eine Partie Bretter weggenommen und zum Ausfließen des Stalles sowie zu Brennholz verwendet. Empört über diese Zumutung erstattete Sp. Anzeige wegen Diebstahls, widerrief diese jedoch, nachdem ihm B. in mehreren Schreiben aus-einandergelegt, daß es eigentlich besser sei, wenn der Hauswirt seine rückständige Miete und den Schaden für das Holz bekomme. Die Schreiben sagte B. selbst ab, der Hauswirt unterschrieb sie nur, angeblich ohne zu wissen, was darin verzeichnet war. Doch die Polizei untersuchte die Diebstahls-geschichte näher, die jetzt auch den Hausbesitzer vor Gericht brachte, da er durch den Widerruf sich der Begünstigung schuldig machte. Er wird deshalb zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt, während der Handlungsgehilfe wegen Diebstahls und Aufstiftung zur Begünstigung 3 Wochen Gefängnis erhielt. — Die Sprichfahrt eines halben Klempnermeisters. Im schönen Raimond kam der in Schlutup wohnhafte Klempner L. nach Wismar, wo er angeblich von drei Männern für einen falschen Feind angefaßt und jämmerlich verprügelt wurde. Er ließ sich die Schmarren verbinden, doch scheint ihm die mecklenburgische Ärztekunst nicht viel Vertrauen einzufloßen. Ihn reizte Lübeck. Mitten in der Nacht „charterte“ L. ein Auto, obwohl er nur wenige Mark in der Tasche hatte. Für die 50 Mark betragenden Kosten gab der Meister sein Rad in Pfand, das nebenbei nur auf Abzahlung erlangt und Eigentumsrecht der Firma war. Nachdem dem Verprügelten der Kopf hier noch einmal verbunden worden war, bekam er Sehnsucht eine neue Autofahrt zu machen, um bei seinen Kunden vorzusprechen. Er fand auch einen Chauffeur, der ihn ohne Vorauszahlung für 40 Mark nach Gremsmühlen und Malente bringen wollte, da L. unterwegs Geld bei seiner Kundschaft einzulassieren gedachte. Bei dieser lustigen Fahrt wurde verschiedentlich eingelehrt, überall versucht, einen ansehnlichen Pump aufzunehmen, aber meistens kam der Meister zu spät, das Geld war eben anderweitig ausgegeben oder momentan nicht vorhanden. So kurbelte der Chauffeur seinen Meister mit verbundenem Schädel an 20 bis 30 Stellen, an denen L. vergeblich anpochte. Bald sollte hier, bald dort der Retter naßen. Zum Schluß ging die Fahrt über Schlutup, und als diese ebenfalls resultatlos verlief, feuerte der Chauffeur Lübeck zu und letzte den Meister vor dem Polizeibureau ab, weil die 3-4 Mark Taschengeld kein Äquivalent für die Schuld holen und übrigens auch auf der Fahrt ausgegeben waren. Außerdem wurde in Gremsmühlen das Mittagessen auf Pump eingenommen. Der Meister, der übrigens mehr in Dachpappe macht und zeitweise anderhalb Gefellen in seinem weiten Schiffsbezirk des Fürstentums und Mecklenburgs beschäftigt hatte, machte in der ersten Verhandlung über seinen Gerechtigkeit weisheitsvolle Ausreden. Nach diesen gab es gar keinen andern Ausweg, als mit dem Auto durchs Land zu laufen und nach neuer Arbeit zu schauen. Mit Postkarten an die Kunden war da nichts zu machen, der Meister mußte sich persönlich vorstellen. Es lag ja auch nichts daran, denn bei flottem Geschäftsgang verdiente er mitunter 100 Mark pro Tag. Schade, daß trotzdem das Geld so knapp bei dem Manne ist, der sich mit seinen 32 Jahren fortwährend auf seinen Vater beruft. Ein hiesiger Eisenhändler bekam es mit der Angst zu tun, als er las, in Schlutup habe sich ein L. aufgehängt. Er vermutete darin den Klempnermeister, dem er für 38 Mark Kupferblech borgte. Es war der Totgegange nicht, obwohl der Ortschuhmann behauptet, daß die Polizei fortwährend mit L. zu tun habe. Einmal heiße es, er habe sich die Pulsadern aufgeschnitten, dann wieder soll ein Strich das Leiden geheilt, der Wirt umsonst eingehandelt haben oder Krach und Hausfriedensbruch bezagen sein. Bei dem Kupferblech hat es viel Abfall gegeben, sogar der Althändler bekam für 6 Mark davon. Der Querschnitt wird heute wegen des Automobilfabrikwunders zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Die zweite Sache wurde ausgelegt.

Der „Arbeiterfreund“ in der Schyrie. Der Name des Betriebsleiters und Meisters in der Dohyrie N.-G. Herrenwast ist nicht, wie gestern irrtümlich im Bericht geschrieben, Kitzgeb, sondern Kitzpel.

Schwartz. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen — Freitag — von 5 bis 8 Uhr nachmittags im Lokale Gasthof „Transvaal“ statt.

Deftentliche Trinterfürsorgestelle Lübeck, Parade 1 (Schloß Rankau). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 5. Juni, abends 6 bis 7 Uhr.

Im Stadthallen-Sommertheater wurde Dienstag vor ausverkauftem Hause Müllers „Bettelstudent“ gegeben. Wie turmhoch stehen doch diese alten Operetten gegen die heutige Durchschnittsware! Da wird doch noch wirkliche Musik geboten. Und dabei ist der „Bettelstudent“ 1881 herausgekommen! Auch in weiteren 33 Jahren dürfte noch immer der Zuspruch dazu vorhanden sein, ob dann aber noch jemand sich „Puppchens“ um erinnert? Hoffen wir daher, daß Herr Direktor Horwig uns auch weiterhin mit ähnlichen Werken der Operettenliteratur erfreut. Auch die gesamte Darstellung war auf der Höhe und die Kapelle zeigte sich den Anforderungen aufs beste gewachsen, weshalb das zahlreiche Publikum auch nicht mit Beifall kargte, sondern vieles Dakapo verlangte. Aus dem trefflichen Zusammen-wiel ragten besonders hervor die Damen Mia Ronell, Annellele Wobisch, Franziska Heuberger sowie die Herren Direktor Horwig, Hans Graf, Siegfried Schel-per und Julius Heydecker. Wir können unseren Lesern nur warm den Besuch des „Bettelstudenten“ empfehlen, der sicher nach diesem Erfolge noch viele Wiederholungen erleben wird.

pb. Diebstahl. Festgenommen wurde ein hiesiger Händler, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls steuerrückständig verfolgt wird.

pb. Diebstahl. Aus dem Zimmer eines in der Schwänkenquerstraße wohnenden Einlogierers sind am 3. d. Ms. folgende Sachen gestohlen worden: 1 neues braunes Herren-Portemonnaie mit zwei 20-Mark-Stücken, einem 10-Mark-Stück und zwei 5-Mark-Stücken, 1 fast neuer blauer Jacketanzug mit 2 Reihen Hornknöpfen, 1 Paar fast neue schwarze Herren-Schnürstiefel, eine Anzahl Kragen und Vorhemden, 1 weißes seidenes Taschentuch gez. F. R. und ein Verlobungsring mit der Gravierung „G. Kiedhoff, 31. 5. 14.“ Des Diebstahls dringend verdächtig ist ein angeblischer Schlafter, der sich Petersen nannte, etwa 26 Jahre alt und etwa 1,65 Meter groß ist. Er hatte dunkelblondes Haar, blonden gekräuselten Schnurrbart, spitzes Kinn, längliches Gesicht mit hervorstehenden Backenknochen, bräunliche Gesichtsfarbe, schlanke Statur und war bekleidet mit braunem weichen Hut, braungefärbtem Jacketanzug und schwarzen Schnürstiefeln. Letzterer hat am 1. Juni d. Ms. das Logis des Besthofen mitbezogen, und sich am 3. d. Ms. aus demselben unter Mitnahme der erwähnten Sachen heimlich entfernt.

Hausammontheater. Man schreibt uns: Der interessante Schwank „Tal des Lebens“ erzielte auch bei der Wiederholung bei gut besuchtem Hause einen großen Erfolg. In „Fr. Trallala“ wird die Titelrolle Fr. Gertha Bon-dava an singen, die sich hier schnell die Gunst des Publikums erworben. Auf die Vorstellung am Sonnabend mit Direktor Albert als Flachsman sei nochmals hingewiesen. Die Musik zu der Lübecker Revue „Vor und hinter den Kulissen“ von Dir. Albert schreibt Kapellmeister Hermann Weigert.

Aus dem Fürstentum Lübeck. In nächster Zeit dürfte der neugebildete Landesausschuß, der zu gleicher Zeit die Funktionen des Provinzialrats ausübt, zu einer Sitzung zu-

sammentreten. Nach den Beschlüssen des Landtages ist die Zahl der Mitglieder dieser Körperschaften von 15 auf 20 erhöht worden, wodurch eine Neuwahl derselben notwendig wurde. Leider werden dieselben nicht, wie es unsere Wünsche im Landtage wünschten, von den Einwohnern der Fürstentums gewählt, sondern von den auf Grund einer Klassenwahlrechts zusammengesetzten Gemeinderäten. Zudem in der Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen, eine über die jeweiligen Gemeinden, deren Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, haben Genossen in die Körperschaften delegiert; das sind Stockelsdorf und Kienfeld. Erstere hat zwei, letztere einen Vertreter zu stellen. Demnach gehören dem Landesausschuß und Provinzialrat die Genossen Heinrich Zick-Stockelsdorf (der bisher als einziger Vertreter der Arbeiterschaft im Landesausschuß saß), Johann Bull-Ravensbusch und Staack-Kienfeld an. Sie werden in den Körperschaften, die nach wie vor einen stark agrarischen Einschlag haben, manchen harten Kampf mit unseren Gegnern ausfechten müssen. Die Genossen im Fürstentum müssen nun aber alles daransetzen, um eine stärkere Vertretung der Arbeiterschaft zu erreichen. Das kann aber nur geschehen, wenn sie heute schon die Vorbereitungsarbeiten für die im Herbst stattfindenden Wahlen einleiten und sich treffen. Wenn in allen Gemeinden unsere Genossen rechtzeitig in die Agitation eintreten, dann muß es uns gelingen, bei den Wahlen gute Resultate zu erzielen und dann ist auch die Möglichkeit gegeben, daß wir bei der nächsten Neuwahl des Landesausschusses und Provinzialrats unsere Sitze vermehren können.

m. Schwartz. Ein Menschenfreund. Dieser Tage ist hier Herr Dr. Damann gestorben, der im 88. Lebensjahre stand und 56 Jahre in unserem Orte praktizierte. Von ihm kann auch die Arbeiterschaft sagen, er war von ganzem Herzen bemüht, seinen leidenden Mitmenschen zu helfen und wie oft hat er es in uneigennützigster Weise getan. Würde er zu einem Kranken gerufen, wo er nicht das Allen-erforderliche vorfand, so linderte er sofort die erste Not, sorgte dann auch noch dafür, daß von anderer Seite weiter geholfen wurde. Wie oft hat er die Schuld eines Arbeiters in seinem Buch mit einem Strich getilgt; das wissen namentlich ältere Genossen, als es noch keine Krankenkassen gab. In den aller-ernsten Fällen blieb er stundenlang bei den Kranken, bis die größte Gefahr vorüber war, einzelei, ob er einen Meister oder einen Arbeiter vor sich hatte. Unaufgefordert, wenn Gefahr vorhanden war, machte er des Abends noch spät Besuche, nicht allein am Orte, sondern wenn die Patienten auch weit von hier wohnten. Zu jeder Zeit konnte man zu ihm kommen; ob es Freitag oder Sonntag war, immer wurde man liebevoll empfangen. In den letzten Jahren hat ein schwer erkrankter Arbeiter zu ihm gesagt, als er am 1. Weihnachtstag zu Besuch kam, er mühte ihm noch das Fest stören; die Antwort lautete: wenn es sich um Kranke handelt, so gibts bei mir keine Feste. Die Arbeiterschaft hat dies auch stets zu würdigen gewußt und wird sich des Verstorbenen gern erinnern.

Misw. Durch ein großes Schadenfeuer ist das größte Hotel in Misw., der „Mecklenburger Hof“ vollständig eingeeäschert. Das Feuer kam in dem im Saal für Pfingstausflüger ausgetretenen Lagerstroh zum Ausbruch. Die Hausbewohner und Gäste retteten größtenteils nur das nackte Leben.

Schwern. Die Schwindelereien des Direktors Schröder stellen sich als umfangreicher heraus, als sie ursprünglich geschätzt wurden. Er hatte sich für einen Diplomingenieur und alten Buchhändler ausgegeben. Als solcher spielte er denn auch eine entsprechende Rolle in der Schweriner Gesellschaft. Nun hat sich aber ergeben, daß er sich nicht einmal im Besitze eines einjährigeneignisses befindet. Unverständlich erscheint, warum der Magistrat als die vorgelegte Bescheinigung Schröders sich nicht eher zur Nachprüfung seiner Personalkarte entschlossen hat; denn seit mindestens einem Jahre konnte es nicht verborgen bleiben, daß Schröder unsäglich war, das umfangreiche Werk zu leiten, ja, daß es ihm selbst an den elementarsten sachmännischen Kenntnissen fehlte. Infolgedessen mußten wiederholt auswärtige Sachverständige herangezogen werden, damit die fortwährend aufs neue entstehenden Mängel in dem städtischen Elektrizitätswerk behoben werden konnten. Der Finanzdirektor, der 5000 Mark Einkommen hatte, hat es übrigens auch verstanden, eine ganze Reihe kleiner Geschäftsführer um mehr oder minder große Beträge zu schädigen. Noch vor kurzem gelang es ihm, bei einer hiesigen Bank ein Darlehen von mehreren tausend Mark aufzunehmen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß sich auch der Kösliner Bürgermeister Thormann-Alexander um die Stellung des Stadtkammerers in Schwern beworben hatte. Im übrigen konnte bis jetzt noch nicht einmal festgestellt werden, ob Schröder der richtige Name des Schwindlers ist. Die Angelegenheit befindet sich bereits im Stadium der Voruntersuchung. Schröder ist im hiesigen Landgerichts-gefängnis interniert.

Kiel. Wie beim Militär mitunter tätliche Angriffe auf einen Vorgesetzten entstehen, zeigte deutlich eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 1. Marineinspektion. Angeklagt war ein Oberstleutnant Bergs, er soll sich tätlich an einem Vorgesetzten vergreifen haben, ein Vergehen, für das im Militärstrafgesetzbuch eine Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis festgesetzt ist. Die Ursache zu dem Prozeß war ein Wirtshauskrakeel, der von einem Bootsmannsmaat provoziert worden war. Der Bootsmannsmaat Neumann hatte den W. und einige in seiner Begleitung befindliche Mädchen andauernd belästigt und wollte auch auf ihn einschlagen, wurde jedoch von einem Kelner daran gehindert. Der Maat war betrunken und hatte auch schon eine Anzahl Biergläser vom Tisch geworfen. W. soll nun den Vorgesetzten geschlagen und zu Boden geworfen haben. Man stellte nun aber nicht den Vorgesetzten, der den Krakeel provoziert hatte, vor das Kriegsgericht, sondern den Oberstleutnant Bergs, der sich gegenüber den Angriffen des Vorgesetzten in der Abwehr befand. Der Gericht behauptete ein Schreibersmaat, der den Vorfall gemeldet hat, und einige andere Marineangehörige, sie hätten genau gesehen, daß W. den Vorgesetzten geschlagen habe. Dagegen behaupteten W. und eine Anzahl Zivilzeugen, davon könne keine Rede sein. Der Vertreter der Anklage wollte W. auch auf ein Jahr und zwei Wochen ins Gefängnis gesteckt wissen. Das Kriegsgericht sprach ihn jedoch von der Anklage des tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten frei. Es nahm an, daß er, den Vorgesetzten nicht geschlagen, sondern nur Abwehrbewegungen gemacht habe. Wegen Gehorjamsverweigerung und Achtungsverletzung wurde W. jedoch zu 14 Tagen strengen Arreffes verurteilt. Er hatte nach dem Vorfall in der Erregung über die ihm zu teil gewordene Behandlung dem Schreibersmaat Dierig, der die Anzeige erstattet hatte, den Gehorjam verweigert und seinen Urlaubsschein auf Verlangen nicht herausgegeben. Schließlich übergab er ihm, denselben in zerstücktem Zustande, verlangte ihn dann aber wieder zurück und drohte, eventl. eine Patrouille zu holen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schömann, Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hesses Volksbücherei

Jede Nummer brosch. 20 Pfennig.
Bis jetzt erschienen über 700 Nummern.

Hesses Volksbücherei enthält in gebiegender Ausstattung eine ganze Reihe von Perlen der Erzählungskunst. Neben wertvollen Beiträgen von älteren, bewährten Dichtern sind reichlich Schöpfungen anerkannter, erster Schriftsteller der Gegenwart aufgenommen, so von:

Anzengruber — V. Blüthgen — Helene Böhlau
Otto Ernst — Max Eyth — Gustav Falke
Ric. Huch — Wilh. Jensen — Max Kreher
Detlev v. Siliencron — Ch. Niese — U. v. Perfall
W. Raabe — Peter Rosegger — Frida Schanz
Aug. Trinius — Clara Viebig — Ernst Wichert
Arthur Zapp u. v. a.

Handliches Format, große deutliche Schrift
und holzfreies Papier.

Die meisten Nummern sind auch in hübschen Einbänden zu haben.
Vollständige Kataloge stehen kostenlos zur Verfügung.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Verkauf lebender Bunt

vom Boof aus (444)
am Freitag, dem 5. Juni
vormittags von 8 Uhr ab an der
Cuiner Brücke
Hüfertorbrücke
und
Holstenbrücke.

Am Mittwoch morgen 9 Uhr
entschließ' laufe nach langer
schwerer Krankheit meine liebe
Frau, unsere gute Tochter,
Schwester und Schwägerin

Johanna Kahl,
geb. Memmert

im Alter von 83 Jahren.
Dies zeigen an die trauernden
Hinterbliebenen.

Heinr. Kahl und Kinder.

Lübeck, den 3. Juni 1914.
Johannisstraße 17, I.
Die Trauerfeier findet am
Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr,
in der Kapelle des Vorwerfer
Friedhofes statt. (4418)

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Lübeck.

Nachruf!

Am 3. Juni starb unser Kollege

J. Schlichting

(Hilfsarbeiter)

im Alter von 72 Jahren. (4415)

Seine feinen Andenken!

Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 6. Juni, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Ver-
werk aus statt.

Die Teilnehmer versammeln sich
bei H. Rehn, „Weißer Hirsch“.
Der Vorstand.

zu jeder ein ordentliches (4409)

Morgenmädchen gesucht.

Telef. Nr. 24. part.

Gesucht eine ältere Frau

tagelöhner bei Kinder. (4424)

Nüchternstraße 90, I.

Zimmer zu vermieten.

(4406) Hafstraße 47, I.

Ein gut erhaltenes Fahrrad

billig zu verkaufen. (4420)

Schlusweg, Brechenerstraße 17.

Ein geräumig. Candidaten

zu verkaufen. (4417)

Seestrasse 22, II.



Das selbsttätige Schnellwaschmittel ist unübertroufen

Die Arbeiter-Warderoiben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
markt 4 **10**
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
172) Preise. U. a.:
Wederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schleiferhosen . . . 1.80—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.35
Jwira-Hosen . . . 1.68—3.25
leimene Hosen, kürzige u. gerade,
1.28, Rajen, Hemden, Schlachter-
jacken, Arbeiterjacken, Malerärmel
erktaunlich billig. Mägen von 30
Pf. bis 1.88 Pf. Note Lebercam.

Käselager Oldekop

nur **Hükstr. 83, 85.**

Tilsiter (4391)

Vollfett-Bruch

ohne Abfall Pfd. 30 Pfg.

Werum erkläre ich, das ich für
die Schulden meiner Frau nicht haite.

Wilhelm Seehase,

früher Dundeistraße 65.

Für Damenhaar

zahlt hohe Preise (4422)

Ed. Rieck, Radenburger Allee 46c.

Junge Frau mag: Herzen- und
Sarskandösische zu machen. (4407)

Belkstr. 6.

Golfjacken

werden gestrickt. (4423)

Radenburger Allee 53b, I.

Der Garantie! 2 engl. Bett-
stellen, reell, 10 Jahre Garantie f.
Sprung-Matr., hat. eine Bettstelle
m. Spr.-Matr. bill. Gg. Lohberg 24, I.

Ein gut erhaltenes Fahrrad

für 12jähr. Mädchen z. kauf. gesucht.

D. m. Preis u. EA a. d. Exp. (4419)

Zu kaufen gesucht ein Etagen-
Kaminofen. Offerten u. H W
an die Exp. d. Bl. (4418)

Wrasanophen zu kaufen gesucht.
Matthias Thelen, Restaurateur,
44-7) Nüchternstraße 79.

Arbeiter-Abkündentend

Versammlung

am Freitag, dem 5. Juni 1914

abends 8 1/2 Uhr (4412)

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen

47

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen
gegen bar in der Fabrik:

Moislinger Allee 60.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ sind bis jetzt
folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

- Hest 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Hest 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Hest 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Hest 4. Der Achtfundentag. Von Dr. Zadel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Hest 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Mit besonderer Berücksichtigung d. Leipziger Parteitagbeschlusses betr. Schnapsboykott.
- Hest 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Vorschleins.
- Hest 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Hest 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Hest 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Hest 10. Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werksstatthgiene.
- Hest 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Dr. F. Zadel. Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwangerschaft. (Text-Illustrationen.)
- Hest 12. Vom medizinischen Aberglauben. Dr. E. Lefing. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
- Hest 13. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Hest 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.
- Hest 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Marjuse. Allen Eltern warm empfohlen.
- Hest 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Kemald. Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.
- Hest 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.
- Hest 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.
- Hest 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Ranker-Mannheim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Zadel, Berlin.
- Hest 20. Die Proletarietkrankheit. Von Dr. F. Zadel.
- Hest 21. Atemgymnastik. Von Otto Kühle. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Hest 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. Chajes.
- Hest 23. Wie schützen wir uns vor Herzerkrankungen? Von Dr. Rehnisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.
- Hest 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Auch nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen.

Schulschreibhefte

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Verband d. Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 5. Juni 1914

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstag.

2. Kartellbericht.

3. Wahl eines Festkomitees.

4. Verschiedenes.

Um vollständiges Erscheinen ersucht

(4408) **Der Vorstand.**

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. v. Ber.

Versammlung

am Sonnabend, dem 6. Juni

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Kartellbericht.

3. Sommervergügen.

4. Mitteilungen des Vorstandes.

5. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

(4405) **Der Vorstand.**

Achtung! Gewerkschaftsfest

in Ahrensböf

bestehend in

Zeitug, Zeitrede, Gesang, Preis-

schießen, Kegeln und Kinderbe-

lustigung mit nachfolgendem Ball

am Sonntag, d. 28. Juni

im Gehölz Langendam.

Abmarsch 2 Uhr von F. Stresses

Gasthaus.

(4416) **Das Komitee.**

Stadthallen-Sommertheater.

Donnerstag, den 4. Juni

abends 8 1/2 Uhr:

Wiederholung der reizenden

Operette

Der Vogelhändler.

Von Carl Zeller.

Freitag, den 5. Juni

abends 8 1/2 Uhr:

Der größte Schwanzschlager!

777 : 10.

Turf- und Lotoschwanz in 3 Starts

von Schwarz u. Mathern.

Sonntag, den 6. Juni

abends 8 1/2 Uhr:

Zum letzten Male die entzückende

Operette

Der Rastelbinder.

Wolf Bär Pfefferkon Dir. Horwitz.

Vorverkauf zu allen Vorstellungen:

Zigarrenhandlung Otto Borchert.

Musikalienhandlg. F. W. Kabel.

Rudolph Karstadt.

Dutzendkarten haben zu allen Vor-

stellungen Gültigkeit. (4310)

Sommertheater

in Fritz Rittschers Hansatheater.

Dir. Ernst Albert.

Heute Donnerstag, den 4. Juni:

Das Farmerädchen.

Hauptrolle — Pool Björnskjold.

Freitag, den 5. Juni

Der Operettenschlager

Fräulein Trallala.

Titelrolle — Hertha Zonderwan.

Im 3. Akt Lokalcouplet G. Wilhelm.

Sonntag, den 6. Juni:

Flachsmann als Erzieher.

Flachsmann . . . Dir. Albert.

Sonntag, den 7. Juni:

Die sensationelle Operette v. Jaruo

Das Farmerädchen.

Vorverkauf bei Fr. Nagel u. Fr.

Sager. Dasselbst auch Dugendkarten

gültig zu allen Vorstellungen.

Anfang stets 8 1/2 Uhr. (4414)



Berufsgenossenschaften gegen Sozialpolitik.

Am 28. Mai waren, wie schon kurz berichtet, die Vertreter der deutschen Berufsgenossenschaften in Leipzig versammelt, anscheinend um über den Ausbau und die Weiterentwicklung dieser organisatorischen Träger der Unfallversicherung zu beraten, tatsächlich aber, um in das Geschrei der Scharfmacher gegen jede Erweiterung und Fortbildung der sozialpolitischen Gesetzgebung kräftig mit einzustimmen. Das Streben nach Stillstand in der Sozialpolitik gab diesem Berufsgenossenschaftstage das Gepräge.

Es klang sehr schön, als der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Professor Dr. Kaufmann, in seiner Begrüßungsrede die Hoffnung aussprach, daß die Arbeitgeber auch weiter dazu beitragen werden, die Arbeiterversicherung nach der Schaden verhütenden Seite auszubauen; denn der Schutz gegen die Arbeitsunfähigkeit ist wichtiger als der „Schutz der Arbeitsfähigen“. Und es klang noch schöner, als der Geheime Oberregierungsrat Dr. Sähnel vom sächsischen Ministerium des Innern lobhudelnd die „verständnisvolle Mitarbeit der Arbeitgeber an der Arbeiterversicherung, namentlich auf dem Gebiete des Ausbaues der Unfallverhütung, und der Arbeiterfürsorge“ hervorhob und außerdem ausführte: „Da hierbei von Seiten der Berufsgenossenschaften keine einseitige Interessenvertretung zutage getreten ist, haben sie damit zur Wahrung des sozialen Friedens und zum Ausgleich der sozialen Gegensätze beigetragen.“

Es ist erklärlich, daß diese Lobhudelungen den Vertretern der Berufsgenossenschaften — die bekanntlich vollständig unter dem Einfluß der Unternehmer stehen, während die Arbeiter absolut „nix tau seggen“ haben — gar lieblich in die Ohren klangen. Sie befanden sich, indem sie sich durch „Zustimmung“, „erneute Zustimmung“ und auch am Schluß durch „lebhaften Beifall“ noch fleißig selbst beweihräuchern halfen. Das hinderte sie freilich ganz und gar nicht, dann gerade das Gegenteil von dem zu tun, was ihnen unter ihrer eigenen beifälligen Zustimmung der Herr Professor und der Herr Geheimrat schönrednerisch nachgesagt hatten. Sie verwahrten sich entschieden gegen jede neue „Belastung“ der Unternehmer durch einen weiteren Ausbau der Unfallversicherung.

Das kam schon beim ersten Tagesordnungspunkt zum Ausdruck, als der Verbandsvorsitzende D. Spicker-Berlin einen Ueberblick über die Gewährung des Reichsversicherungsrechts in der Reichsversicherungsordnung gab. Er hob hervor, die Reichsversicherungsordnung habe gegenüber der bisherigen Recht eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung gebracht. So z. B. in den Vorschriften über die Angestellten, weil die angebliche „Schablonisierung der Befoldungsverhältnisse“ zum „Nachteil gerade der wichtigsten Elemente“ ausschlagen müsse. Das demokratische und gerechte Verhältniswahlverfahren sei „zwecklos, umständlich und kostspielig“ und führe „in Wahrheit zur Entrechtung der Minderheit und künstlichen Parteibildung“. Das neue Gesetz werde auch dazu benutzt, „weit über das erforderliche Maß hinaus Gutachten im Einspruchsverfahren einzuholen und dadurch das Verfahren unnütz zu verteuern und zu verlängern“. Man erhofft also zur Abwimmelung von

Rentenforderungen einen weniger umständlichen und minder kostspieligen Weg! Das Abkommen zwischen Deutschland und Italien über die Arbeiterversicherung — so fuhr der Vorsitzende fort — habe dem Verbands-Anlaß gegeben, den Bundesrat zu ersuchen, „vor Abschluß weiterer internationaler Abkommen den beteiligten Berufsgenossenschaften Gelegenheit zur Äußerung zu geben“, wahrscheinlich, um bei jeder internationalen Förderung des Arbeiterschutzes rechtzeitig die Bremse anzusetzen zu können. Hauptsächlich habe aber die Entscheidung des großen Senats des Reichsversicherungsamtes über die Einbeziehung der sogenannten Unfälle des täglichen Lebens in die Unfallversicherung (die natürlich nur in bestimmten Fällen erfolgen soll!) Bedenken grundsätzlicher Natur hervorgerufen, da es nicht Aufgabe einer von den Unternehmern allein getragenen Versicherung sein könne, sich gegen derartige Gefahren zu wenden. Fange man erst einmal damit an, die Unterschiede zwischen dem rein örtlich-zeitlichen und dem ursächlichen Zusammenhang von Unfall und Unternehmung zu verwischen, so sei zu befürchten, daß auch bei einer etwaigen künftigen Ausdehnung der Unfallversicherung auf Krankheiten der Begriff „Berufskrankheiten“ eine unerlöste Erweiterung erfährt.

Schließlich beklagte sich der Verbandsvorsitzende noch bitter über die Festnagelung der Berufsgenossenschaften zur Beeinflussung der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes und über die Aufdeckung der berufsgenossenschaftlichen Entschädigungspraxis im Reichstage, obwohl er durch seine ganze schöne Rede selbst den blüdigsten Beweis für die in den Berufsgenossenschaften herrschende sozialpolitische Verständnislosigkeit und Rückständigkeit erbracht hatte. Denn alles, was die Arbeiter von der Unfallversicherung fordern und was sie als erstrebenswerten sozialpolitischen Fortschritt ansehen, hatte der Herr in Grund und Boden kritisiert.

Nachdem in dieser Weise nicht nur gegen jede stärkere Inanspruchnahme der Berufsgenossenschaften zugunsten der Versicherten, sondern auch für eine Entlastung der Träger der Unfallversicherung zum Schaden der Unfallverletzten Stellung genommen worden war, suchte der Berufsgenossenschaftstag zu beweisen, daß er auch generös sein kann. Freilich handelte es sich dabei nicht um arme Unfallverletzte, sondern um die Ärzte, die für die Berufsgenossenschaften hauptsächlich als Gutachter in Frage kommen. Deshalb ist es auch begreiflich, daß der Referent über das Verhältnis der Ärzte zu den Berufsgenossenschaften, der Direktor der Seerberufsgenossenschaft Schausel-Hamburg, unter der Zustimmung der Delegierten warm für eine „angemessene, von jeder kleintlichen Rücksichtnahme sich freihaltende Bezahlung der Ärzte“ eintrat, während er die freie Arztwahl für das Gebiet der Unfallversicherung als für die Berufsgenossenschaften überhaupt nicht diskutabel bezeichnete.

Der Wind pfliff aber sofort wieder aus einem andern Loch, als man zu der Frage der Rücklagen der gewerblichen Berufsgenossenschaften Stellung nahm. Nur keine Mehrbelastung des Unternehmertums! Auf diesen Ton waren sowohl die Referate des Verwaltungsdirektors Markus-Berlin und des Kommerzienrats Moninger-Karlsruhe als auch die Resolution zu diesem Punkt gestimmt. Daher soll das bisherige Umlageverfahren zur Deckung der Ausgaben

beibehalten, jeder Versuch einer Verdrängung durch das Kapitaldeckungsverfahren und jede Ansammlung größerer Rücklagen aber unterbunden werden. Für den Ausbau der Versicherung, der durch diese Änderungen möglich wäre, sind eben die in den Berufsgenossenschaften tonangebenden Herren absolut nicht zu haben!

Anders ist es höchstens in solchen Fällen, in denen die Vorteile für die Unternehmer die Nachteile für deren Geldbeutel augenfällig überwiegen. Zu diesen Fällen gehört die Ausbildung von Betriebs Helfern, über die der Verwaltungsdirektor Regierungsrat a. D. Dr. Stöcker-Böschung referierte. Diese Ausbildung von Arbeitern in der ersten Hilfe bei Betriebsunfällen, die zunächst versuchsweise erfolgte, hat sich (besonders auch für die Unternehmer!) vortrefflich bewährt, so daß sie auf breiterer Grundlage fortgesetzt werden soll.

Dagegen will man, wie schon aus der oben glossierten Rede des Herrn Verbandsvorsitzenden zu erkennen war, von einer Ausdehnung der Unfallversicherung auf die gewerblichen Berufskrankheiten, die für die Versicherten außerordentlich segensreich wirken würde, absolut nichts wissen. Nach den Referaten des Geschäftsführers Assessor Dr. A. Stern-Berlin und des Arztes Dr. Curschmann-Bitterfeld erhob die Tagung auf Antrag des geschäftsführenden Ausschusses „die ernstesten Bedenken dagegen, daß von der in § 547 der Reichsversicherungsordnung dem Bundesrat gegebenen Befugnis, die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten auszudehnen, Gebrauch gemacht werde“. Diese Haltung sucht man in der Entschließung durch alle möglichen Gründe zu rechtfertigen. Welche Motive wirklich für diese „Bedenken“ maßgebend waren, zeigt der Satz: „Weberdies würde die Unterstellung gewisser Berufskrankheiten unter die Unfallversicherung nicht nur die bestehende Lastenverteilung zugunsten der anderen Versicherungsträger verschärfen, sondern auch die Simulation erleichtern und durch die Aussicht auf höhere Entschädigung zu einer Verlängerung des Heilprozesses führen.“ Die im zweiten Teil des Satzes liegende allgemeine Bezeichnung der Simulation gegen die unter Berufskrankheiten leidenden Arbeiter sei nur tiefer gehängt. Hier interessiert hauptsächlich, daß es wieder nur die gefürchtete Verschärfung der Lastenverteilung zugunsten der Berufsgenossenschaften ist, die den Protest gegen die Einbeziehung der Berufskrankheiten in die Unfallversicherung auslöst.

Den Schluß der Tagung bildete eine Auseinandersetzung über die petztagliche Regelung der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, der sich eine ganze Reihe von Berufsgenossenschaften noch nicht angeschlossen haben, weil sie der Meinung sind, man sei den Krankenkassen zu weit entgegen gekommen. Justizrat Reiser suchte den Rentnern begreiflich zu machen, daß die Annahme, die Berufsgenossenschaften brächten bei dem Abkommen Opfer, irrtümlich sei; es handle sich nur um die Aufgabe eines Gewinnes auf Kosten der Krankenkassen, der den Berufsgenossenschaften auf Grund des Dreiahtelabkommens bei Uebernahme des Heilverfahrens zufallen sollte. Aber auch für die Aufgabe eines Gewinnes auf Kosten anderer sind eben viele Berufsgenossenschaften nicht zu haben! Herr

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schläpfer.

(S. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Das versteht sich“, sagte Dagmar, „arbeiten habe ich in Kiel gelernt.“

„Nun, sehen Sie“, rief der Wirt, „und über den Lohn reden wir mit keinem Worte. Was Sie in Kiel bekommen haben, zahle ich Ihnen auch und bin jetzt überzeugt, daß ich Ihnen damit nicht einen Pfennig zu viel gebe.“

„Dann wünsche ich uns beiden viel Glück“, sagte Dagmar und streckte ihm die Hand entgegen.

„Hallo!“ rief der Wirt, ergriff die Hand und geriet in einen Freudentaumel, von dem er selbst nicht wußte, kam er von dem gelungenen Geschäft oder weil er Dagmars junge Wärme durch den Körper rieseln spürte und in ihre lockenden braunen Augen sah.

Nach am selben Tag aber rückte er in die Stadt und erzählte überall beim Dämmerichoppen, welche glänzenden Fische er gefangen hatte, und Dagmar gewann in ihm einen Lobredner, den der Zahnarzt und der Referendar nicht mehr zu überbieten vermochten.

Am nächsten Sonntag begann eine bunte Völkerwanderung nach „Walddeslust“ hinaus. Es schwirrte und summite im Garten von gepunkteten Menschen wie in einem Bienenkorb. Die Schenkmamsellen und die Kellner flogen hin und her und waren bereits außer Atem, als der Nachmittag noch nicht halb erledigt war. Auf der Treppentstufe aber, die von dem Garten in das Gastzimmer führte, stand Dagmar und überlag mit ihren hellen und sichern Blicken das ganze Gewimmel. Es entging ihr keine neu angekommene Familie; wenn es in dem überfüllten Garten an Sitzgelegenheit fehlte, kam auch schon in der nächsten Minute eine atemlose Ramsell mit Stühlen herbeigeleitet; mußte man irgendwo auf bestellte Sachen warten, erlitten Dagmar persönlich am Tisch, und ihre muntere Zunge ließ das Warten zu einem ganz besonderen Vergnügen werden. Als Kind der Kleinstadt wußte sie die gesellschaftlichen Grenzen haarsträubend zu ziehen; sie war freundlich gegen alle, aber durch ihre schelmische Liebenswürdigkeit zeichnete sie nur diejenigen aus, denen eine Auszeichnung zukommen konnte. „Walddeslust“ hatte noch nie einen so glänzenden Tag gehabt, und noch nie war der ganze Betrieb so prompt und mit so unerbittlicher Pünktlichkeit erledigt worden. Am Abend verließ sich dann der Schwarm, wenn in dem Städtchen das Abendessen eingenommen wurde, um die Stunde, wo der Garten von „Walddeslust“ völlig

menschenleer wurde. Die delikate Küche des Etablissements war zwar allgemein bekannt, zugleich aber war sie ein teures Vergnügen, das nur von wenigen und in seltenen Fällen genossen werden konnte. Es galt überdies als unsolid und wenig häuslich, wenn man zu den Mahlzeiten nicht nach Hause kam. Zu den Menschen, die auf diese Begriffe keine Rücksicht nahmen, gehörte an diesem Sonntag nun eine kleine Herrengesellschaft, die den ersten Abend von Dagmars neuer Tätigkeit mit einem reichlichen Abendessen zu feiern gedachte. Der Zahnarzt und der Referendar Westphal waren natürlich mitten unter ihr. Da beide zu den Kavaliereen Dagmars gehörten, war eine Auszeichnung am Platz, und Dagmar servierte persönlich bei Tische. Auch der Professor von der Engel-Apothek hatte einen herzhafte Griff in die schmale Börse getan und saß an der Tafel; er war bei Dagmar aber bereits zweiten Ranges geworden und seine Anbelangung wurde nur aus der Ferne durch einen freundlichen Blick ermuntert — ein Moment, der den Professor jedesmal mit unheimlicher Zaubergewalt ergriff. Von älteren Leuten waren nur Septimus Möller dabei, der eine verwöhnte Zunge hatte und so leicht keine bessere Mahlzeit auszulassen pflegte, am wenigsten, wenn er gleichzeitig einen guten und reichlichen Tropfen erwarten durfte; der gute und reichliche Tropfen aber war bereits durch die freundliche Mitwirkung des Referendars Westphal ein völlig gesicherter Umstand. Ueberdies war Septimus Junggeselle und mußte sowieso im Gasthof essen. Dagmar hatte den Zahnarzt und den Referendar am meisten lieb und überschüttete sie mit einer wahren Fülle von kleinen koketten Liebenswürdigkeiten. Der Professor, der an seine früheren Verdienste dachte und eine diskrete Annäherung riskierte, erhielt einen Klaps auf die Hand, der von der Gesellschaft mit stürmischer Heiterkeit aufgenommen wurde. Im übrigen kamen alle Herren auf ihre Kosten, und es herrschte eine ausgelassene Stimmung, die durch den guten Mosek noch gesteigert wurde. Der Professor, der zu sprichwörtlichen Uebersehenslichkeiten neigte und den Klaps vergessen hatte, meinte in seiner weingeröteten Begeisterung, daß auch die Götter sie um dieses Mahl beneiden müßten. Das trug ihm von Septimus zwar eine sarkastische Bemerkung ein, aber eigentlich hatte er so unrecht nicht.

Als nun das Mahl endlich zu Ende gebracht worden war, als „Walddeslust“ seine letzten und feinsten Delikatessen vergeben hatte, legte man sich in eine Laube des Gartens hinaus. Die Lampe schimmerte freundlich durch das Grün, und bald klangen fröhliche Studentenlieder durch die Nacht. Als der Sekt erlöschte, hielt der Zahnarzt eine von einem gewissen Ernst durchwehte Rede auf Dagmar. Wenn man

den

dächtiger Begeisterung aufgenommen und endete schließlich mit einem brausenden und jubelnden Hoch. Draußen auf der Landstraße aber stand der dicke Ohlsen und schaute sich von ganzem Herzen in diese Gesellschaft hinein. Aber wie konnte er es wagen, zu ihnen hineinzugehen, wenn sie in so gehobener Stimmung waren? Die Kadetten der Dagmar-Partei hatten ihm seinen Gehilfen ja noch immer nicht vergeben, und so war er an diesem Sonntag auch nicht nach „Walddeslust“ gegangen, sondern hatte gegen seine Gewohnheit einen langen Ausflug gemacht, von dem er eben jetzt zurückkehrte. Das schlimmste aber war für Ohlsen, daß er nach seiner Meinung unschuldig in die Hölle gestoßen war. Es war ja doch in Gottes Namen Dagmar Engelbrecht, und etwas anderes hatte er ja nie behauptet. Der Zahnarzt aber hatte ihm erwidert: „Man kann buchstäblich die Wahrheit sagen und doch eine Hundeseele von einem Lügner sein.“ Das hatte Ohlsen zwar nicht verstanden, aber ebensovienig wußte er etwas dagegen einzuwenden. Er beschloß, an stillen Nachmittagen jetzt immer nach „Walddeslust“ zu pilgern und so allmählich von seiner Schuld frei zu werden. Er hatte sich an jenem Vormittag eine nette Suppe eingebracht; mit diesem Gedanken nahm er melancholisch von der singenden Gesellschaft Abschied und schritt langsam dem dunkeln Städtchen zu. Die Gesellschaft aber sang und trank noch lange. Die Ohlsen lag grau und kalt in der frühen Morgendämmerung, als die Gesellschaft endlich nach Hause ging. Der Referendar Westphal aber schlief in einem Bett auf „Walddeslust“. Die Begeisterung hatte ihn übermannt.

Als der Wirt am andern Vormittag in die Gaststube herunterkam, wunderte er sich, daß Dagmar bereits seit vielen Stunden aufgestanden war. Er machte ihr ein Kompliment, das sie mit fröhlichem Lachen entgegennahm; im stillen aber dachte er, wenn dieser Eifer nur vorhalten möchte. Der Eifer aber hielt wirklich vor. Die starke Energie der jungen Dagmar schien der Müdigkeit gar nicht zugänglich zu sein. Sie konnte den ganzen Tag auf den Beinen sein, sie konnte die Nacht durchtanzen und sprang doch am frühen Vormittag lachend und frisch in den Garten hinein. Es war, als wenn sie sich nur zu schütteln brauchte, um wieder frisch und glänzend zu sein wie ein Lautropfen in aller Herrgottsfrühe. Der Wirt konnte sich von seinem Staunen gar nicht mehr erholen; er war viel klüger gewesen, als er zunächst selber angenommen hatte. Er hatte nicht nur einen Magnet, er hatte auch eine Arbeitskraft erworben, wie er sie gar nicht für möglich gehalten hatte. In seinen Lobreden war zunächst viel Geschäftsinteresse gewesen; aber nun waren sie so echt, wie sie nur immer sein konnten. Auch in dem Städtchen nahm die Stimmung wieder einmal eine

Mit dieser Ausnahme schlossen die Verhandlungen, die fast bei jedem Punkte den Beweis für die Spar...

Die preussischen Herrenhäuser.

„Unsere erste Kammer zeigt in merkwürdiger Vollständigkeit alle Gebrechen, welche einem Oberhause anhaften können.“

Die Herrenhäuser, Martenburg und die anderen preussischen Herrenhäuser...

- a) das Haupt der fürstlichen Familie von Hohenzollern 1
b) die ehemaligen reichsständischen Herzöge, Fürsten und Grafen 22
c) die zur Herrschaft des vereinigten Landtages berufen gewesenen Herzöge, Fürsten, Prinzen, Grafen und Standesherrn 51
d) die Herzöge, Fürsten, Grafen und Barone, denen das erbliche Recht besonders verliehen ist 42
Zusammen erbliche Berechtigungen 116
e) die Inhaber der vier großen Landesämter in Preußen; Landhofmarschall, Kanzler, Obermarschall, Oberburggraf 4
f) aus besonderem Allerhöchstem Vertrauen berufen (meist Fürsten, Prinzen, Rittergutsbesitzer, Minister, Beamte, Geistliche, auch einige Gelehrte und Kaufleute, und als Vertreter der Handwerker (jezt der Vorsitzende einer Handwerkskammer) 93
g) die Vertreter der Domkapitel zu Brandenburg, Merseburg und Raumburg 3
h) die Vertreter der Provinzialverbände der Grafen 8
i) die Vertreter von Familienverbänden 18
k) die Vertreter der Verbände des alten und befestigten Grundbesitzes 90
l) die Vertreter der Landesuniversitäten 10
m) die Vertreter von Städten (Oberbürgermeister) 51
Nichtererbliche Berechtigungen 277

Das sind die 393 geborenen und ernannten Gesetzgeber des preussischen Staates! Diese prämittlerliche Einrichtung...

wichtig anzuweisen, der Staatserhaltung gegenüber unzureichungsfähigen Menschen. Aber darauf kommt es nicht an. Diese Herren, die so wenig, aber dummes Zeug reden, sitzen mit ihrer Regierung viel beisammen und handeln sehr euerig.

Warum verdienen die Werften nichts?

„Der beim Imperatorbau entstandene Schaden war größer als der ganze Bruttogewinn des Jahres 1913“ — so heißt der Jahresbericht der Vulkanwerke Hamburg und Stettin, A.G., mit der Dividendenlosigkeit für 1913 fest.

Warum verdienen aber die Werften nichts an den Aufträgen, die sie von den großen deutschen Handelsreedereien bekommen? Es bleibt doch merkwürdig, daß zum Beispiel am Imperator durch die Vulkanwerke rund 10 Millionen Mark zugebuttert werden müssen und daß die Hamburg-Amerika-Linie trotzdem die Vaterland zum gleichen Grundpreis — bei Blohm & Voß — geliefert bekommen hat.

Das Ganze zeigt, daß die Werften in den Maststrom des Aufstiegs- und Konzentrationsprozesses des Kapitalismus geraten sind, ja, sie sind planmäßig von ihren Freunden hineingeleitet worden.

In der zweiten Hälfte des Mai hat sich das Bild im Streikgebiet von Colorado völlig verändert. Keine Abschichtung von Arbeitern mehr, keine Gesetze zwischen bewaffneten Banditen und Milizern mit militärisch organisierten Streikerguppen.

Aber woher diese plötzliche Wendung? Wie kommt das Bundesmitglied dazu, auf Anordnung des Präsidenten in einer Weise vorzugehen, die den Interessen streikender Arbeiter entspricht und den Aspiranten des dreimal heiligen Profits ins Gesicht schlägt?

Um zu verstehen, was sich in den letzten zwei Wochen in Colorado ereignet hat und was heute noch in keinem anderen Lande möglich wäre — wenn auch vielleicht morgen schon in England — ist es nötig, sich vor Augen zu halten, was wir früher über die gesamten Verhältnisse der Vereinigten Staaten geschrieben haben.

Das Nachgeben der Bundesregierung vor den Forderungen der Arbeiter ist nichts als ein Zeichen der politischen Klugheit der Männer, die in ihrer politischen Existenz abhängig sind von den Stimmen einer Bevölkerung, die angefangen hat, sich von der geistigen Führung der großkapitalistischen Kreise zu lösen und zu eigenem politischen Denken erwacht ist.

neue Wendung. Man hatte sonst Dagmar gepriesen, weil sie in Kiel so viel Glück gefunden hatte; aber nun sah man wohl, daß der Kieler Wirt einfach in seinem Geschäftsinteresse gehandelt hatte.

am Vormittag, wo sonst der Garten ausgestorben war, kamen vereinzelte Gäste. Axel Halberston kam nie von seinem frühen Spazierritt heim, ohne im Garten einzufahren und ein kleines Glas Frühstückswein zu trinken.

Zu den Gästen, die nicht erst mit Dagmar gekommen waren, gehörte der Gastwirt Lorenz Asmusen, der seit vielen Jahren am Spätnachmittag hier ein Glas kühles Bier zu trinken pflegte.

Man hatte etwa den Eindruck: ergraut, aber in voller, starker Männlichkeit ergraut. Auf den ersten Blick hatte die hohe Gestalt mit den buschigen Augenbrauen etwas Unwirschliches und Knorriges, das an einen alten Militär erinnerte.

ten wußte, wenn sie sich unverdroffen in der Arbeit tummelte, ohne je müde zu werden — dann freute sich Lorenz Asmusen von ganzem Herzen. Es war nicht die Freude der andern; es war die Freude seiner redlichen Seele, weil hier vor seinen Augen etwas Gutes geschah.

genug erhält, um das Geschick der großen Presse, die sich fälschlich als öffentliche Meinung ausgibt, zu überhören. Damit steht die außerordentliche Brutalität amerikanischer Behörden in Klassenkämpfen durchaus nicht im Widerspruch. Diese Brutalität findet sich immer im Beginn der großen Kämpfe. Da muß die Brutalität sehr groß sein, um möglichst kurz sein zu können, um möglichst mit einigen gewaltigen Schlägen den Kampf beendigen zu können, bevor die öffentliche Meinung erregt ist. Denn so gewaltig die öffentliche Meinung sich regen kann, so lange schmackvolle und unerträgliche Zustände bestehen, so rasch vergiftet sie auch wieder, wenn die direkte Ursache ihrer Erregung beseitigt ist.

Den antisozialistischen Parteien bleibt aber unter solchen Umständen nichts übrig, als entweder sich ein arbeiterfreundliches demokratisches Mäntelchen umzuhängen, um das Schwanken der Massen ins sozialistische Lager zu verhindern, oder aber die demokratischen Formen abzuschaffen und eine nackte Diktatur des Mammonismus zu etablieren.

Das erstere versuchen sie jetzt, um ihre eigene Lebensdauer möglichst zu verlängern. Zum zweiten werden sie erst kommen, wenn trotz aller ihrer Bemühungen die Massen sich um die rote Fahne scharen werden.

Fünfunddreißig Millionen.

Deutsches Geld in Monte Carlo. Der Verwaltungsrat des Casinos von Monte Carlo trat vor kurzem zusammen, um die Bilanz für die abgelaufene Saison zur Kenntnis zu nehmen. Die Bruttoeinnahmen des Casinos sollen im verkauften „Spieljahr“ die Höhe von 47 Millionen Frank erreicht haben. Davon sind nicht weniger als 35 Millionen deutsches Geld, das heißt von Spielern aus Deutschland verloren.

Diese kleine Notiz fand ich in einer großen Tageszeitung, ganz unbeachtet in einer Ecke. Aber soll sie unbeachtet bleiben?

Mein. Wir wollen doch etwas vernehmlicher diese hübsche, runde Zahl

35 000 000

(in Buchstaben fünfunddreißig Millionen) aussprechen.

Wie ist doch die Antwort der Kapitalisten, wenn wir wenige Pfennige mehr fordern. Oder wenn wir den Achtstundentag haben wollen, um unsere Kräfte länger zu erhalten und um uns unserer Familie und der Erziehung unserer Kinder widmen zu können?

Es geht nicht, Handel und Industrie leiden zu sehr darunter.

Ist diese ungeheure Summe, sind diese 35 Millionen leichter zu entbehren, weil es Spielverluste sind?

Sagen wir den Fall, daß die obengenannten Millionen zu einer Hilfe für die Arbeitslosen, für unsere Armen, deren Frauen und Kinder bestimmt wären.

Sagen wir den Fall, 35 Millionen wären für gesunde Wohnungen gegeben.

Sagen wir den Fall, diese Summe sollte für die Veteranen von 1870/71 verwendet werden und ihr oft besprochenes grenzenloses Glend würde dadurch gemildert.

Sagen wir den Fall, 35 Millionen würden stützlich sonst verkommenen Menschen die Stütze sein, ordentliche, brauchbare Menschen zu werden.

Sagen wir den Fall — ja man könnte noch 1000 Fälle setzen, aber: Das Geld ist verpielt — und wird nächstes Jahr wieder verpielt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder einmal das Erfurter Militärgerichtsurteil. Wegen Beleidigung der Mitglieder des Erfurter Kriegsgerichts hatte sich am Donnerstag v. W. der verantwortliche Redakteur und Verleger des „Allgem. Beobachters“, Herr Schorck, vor der Strafkammer in Eisen (Ruhr) zu verantworten. Die Beleidigungen wurden gefunden in dem in der Nr. 157 vom 9. Juli 1913 enthaltenen Artikel, in welchem das bekannte Urteil gegen eine Anzahl von Landwehrlenten kritisiert wurde, die gelegentlich einer Kontrollversammlung sich des militärischen Auftritts und tätlichen Angriffs gegen Vorgesetzte schuldig gemacht haben sollten, und dafür zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von der Mindestdauer von fünf Jahren verurteilt worden sind. Der Angeklagte erklärte, den Artikel aus einer Nummer des von Dr. med. Glaser in Berlin redigierten demokratischen Blattes „Das freie Volk“ übernommen und nicht die Absicht gehabt zu haben, die Richter persönlich zu beleidigen. Es sollte nur gegen die drakonischen Bestimmungen im Militärstrafgesetzbuch Stimmung gemacht werden. Der Angeklagte nimmt den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches für sich in Anspruch; er habe zwei Söhne, und er sei für den Fall, daß sie dienen sollten, für sie mit besorgt gewesen. Er habe nur das System verurteilt und nicht die Erfurter Richter beleidigen wollen. Der Staatsanwalt hält die Beleidigungen für enorm schwere und beantragt gegen den Angeklagten 500 Mark Geldstrafe und die üblichen Nebenstrafen. Der Gerichtshof bemerkt die Strafe nur auf 100 Mark, indem er die Beleidigungen zwar als recht schwer erachtet, aber berücksichtigt, daß es sich um einen Nachdruck handelt.

Milde Strafe für Roheiten gegen eine Frau. Es ist geradezu erstaunlich, wie milde Agrarier und Inspektoren in Ostpreußen von der Justiz auch dann behandelt werden, wenn sie wehrlose Frauen in der schwersten Weise mißhandeln. In Morkheimen war bei dem Gutsbesitzer Wanda die beschränkte Arbeiterin Schäfer beschäftigt. Sie hatte eines Tages nach Ansicht des Inspektors Stehuhn eine landwirtschaftliche Arbeit nicht gut gemacht. Der Herr Inspektor begann zu schimpfen und die Arbeiterin floh aus Furcht vom Felde und eilte nach ihrer Wohnung. Der Inspektor verfolgte sie jedoch, drang in ihre Stube ein, schlug sie zu Boden, ergriff sie an den Haaren und zog sie in den Flur, dort kniete er auf dem wehrlosen Geschöpf und stieß den Kopf der Arbeiterin auf den Ziegelfußboden. Vor Gericht erklärte der wegen dieser rohen Mißhandlung angeklagte Inspektor, er sei unschuldig. „Notwehr“ konnte beim besten Willen nicht geltend gemacht werden. Das Tilsiter Schöffengericht erkannte auf — 60 Mark Geldstrafe. Es hielt dem Angeklagten seine Erregtheit und Unbescholtenheit zugute. Wenn ein Landarbeiter die Frau Inspektorin in dieser Weise mißhandelt hätte, so wäre er wohl zweifellos auf Monate ins Gefängnis gekommen. Der Herr Inspektor erhält eine Strafe, die auch nicht entfernt eine Sühne für sein schweres Vergehen ist. Wenn solchen Zuständen gegenüber Arbeiter und Arbeiterinnen in Ostpreußen sich schücheln gegen die Uebergriffe der Agrarier und Inspektoren fühlen, braucht man sich über die Landflucht nicht zu wundern.

Soziales.

Krise und Arbeitslosigkeit. Gatte schon die Arbeitslosigkeit in Nürnberg in der Zeit vom 18. bis 22. Februar, die 3724 arbeitslose Volksgenossen, 591 durch die Stadt

beschäftigte Metallarbeiter und 7992 Arbeiter mit um 8-5 Stunden täglich verkürzter Arbeitszeit ergab, gezeit, welche große Arbeitslosigkeit die Krise in Nürnberg hervorgerufen hat, so ergänzen die jetzt vorliegenden Abschlüsse der Arbeitsnachweise das traurige Bild. Im städtischen Arbeitsamt vermehrten sich im Jahre 1913 die Gesuche der Arbeiter nach Beschäftigung um 4014, die Zahl der offenen Stellen ging aber um 4616 und die Zahl der Stellenbesetzungen um 3702 zurück. Noch stärker tritt natürlich die Wirkung der Krise hervor in den Ziffern des Arbeitsnachweises des Bayerischen Industriellenverbandes, dem fast alle größeren Betriebe der Metallbranche angeschlossen sind. Nach der Statistik dieses Arbeitsnachweises wurden im Jahre 1913 in Nürnberg 58 Proz. männliche und 38 Proz. weibliche Arbeitskräfte weniger eingestellt als im Jahre 1912. Eingestellt wurden 4400 männliche und 3720 weibliche Arbeiter; in Nürnberg, München und Augsburg zusammen 13 508 gegen 27 488 im Vorjahre, das sind 51 Proz. weniger.

Frauen in der Wohnungsinspektion. Der Stadtmagistrat von Nürnberg beschloß, jedem der beiden Wohnungsinspektoren künftig je eine ehrenamtliche weibliche Hilfskraft für Wohnungspflege beizugeben und dieser gegebenenfalls auch eine kleine Entschädigung zu gewähren.

Soldaten als gewerbliche Arbeiter. Trotz aller Verfügungen des Kriegsministeriums werden nach wie vor Soldaten als gewerbliche Arbeiter beschäftigt. In der Garnisonsstadt Allenstein besteht ein feudaler Reiterverein, dem Offiziere, Geheimräte, Regierungsdirektoren usw. angehören. Vorsitzender ist Generalmajor Kraemer. Dieser Verein besitzt eine Rennbahn, an deren Ausbau er jetzt arbeiten läßt und zwar vorzugsweise von Soldaten der Garnison. Diese erhielten bis jetzt 75 Pfg. Tagelohn, der aufsichtsführende Unteroffizier bekam 1,50 Mk. Diese niedrigen Lohnsätze waren aber dem Verein noch zu hoch. Er setzte daher den Tagelohn auf 50 und 75 Pfg. herunter. Diese Beschäftigung von Soldaten mit gewerblichen Arbeiten in einer Zeit starker Arbeitslosigkeit, diese Konkurrenz der uniformierten 50 Pfg.-Tagelöhner mit hungernden Berufsarbeitern, zeigt den in Preußen herrschenden sozialpolitischen Geist. Außerdem aber dokumentiert sie unumwunden, daß die zweijährige Dienstzeit noch viel zu lang ist.

Aus der Partei.

Keine sozialdemokratischen Bezirksräte in Baden. Den Kreisverfassungen steht in Baden das Recht zu, die Mitglieder für den Bezirksrat, den kollegialen Beirat der Verwaltungsbehörde, vorzuschlagen. Von der Kreisversammlung Pforzheim waren neben 9 bürgerlichen Kandidaten auch 8 Sozialdemokraten vorgeschlagen worden. Die Regierung hat diese drei Genossen von der Liste gestrichen und zum Bezirksrat nur durchgängig bürgerliche Männer ernannt. — Man sieht, auch im „liberalen“ Baden herrscht preunkliche Praxis.

Anklage gegen den Abgeordneten Liebknecht. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ erfährt, ist gegen den Genossen Dr. Liebknecht und den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ wegen des Artikels über Ordensschäfer ein Verfahren eingeleitet worden. Nach berühmten Mustern erhebt man wieder einmal Anklage gegen jene Leute, die einen Skandal aufgedeckt haben, anstatt die Schuldigen auf die Anklagebank zu bringen. Der Geschäftsausschuß der Berliner ärztlichen Landesvereine hat sich in seiner letzten Sitzung mit den Veröffentlichungen des Genossen Dr. Liebknecht über die käufliche Erwerbung des Professorettels befaßt und beschlossen, das ärztliche Ehrengericht aufzufordern, Erhebungen zu veranstalten.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein neuer Demonstrationstreit in Petersburg. Das W. T. B. meldet aus Petersburg: Unter den Fabrikarbeitern macht sich anlässlich der bevorstehenden Verhandlung des Prozesses wegen des Streiks in den Obuchowwerken eine Gärung bemerkbar. In den Betrieben der Pulilowwerke, der baitschen, der französisch-russischen Werke, des Phönix und in einigen kleineren Betrieben wurde am 1. Juni die Arbeit eingestellt. Gegen Mittag betrug die Zahl der Streikenden 50 000. Bei der Unterdrückung von Demonstrationen wurden acht Personen verhaftet. — Eine spätere Meldung lautet: Insgesamt streiken bei 155 Unternehmungen 80 593 Arbeiter. Einige Arbeiter der Lehnertischen Fabrik bewarfen abends die berittene Polizei mit Steinen. Zwei Polizeibeamte wurden verwundet, vier Arbeiter sind verhaftet worden.

Aus der Jugendbewegung.

Der Kampf gegen die Jugend. Die Arbeiterjugend Rheinlands und Westfalens hält an jedem Pfingstfeste an einem Orte des Bezirks ihren Jugendtag in Form einer großen unpolitischen Jugendversammlung ab. Bisher sind nie Schwierigkeiten der Behörden gemacht worden, und die Versammlungen nahmen stets besten Verlauf. Der zum Pfingstsonntag in Krefeld angelegte Jugendtag ist nun von dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf auf Grund des § 17 des Reichsvereinsgesetzes verboten worden.

Prämien für Jugendtag. In Düsseldorf herrscht gegenwärtig große Mißstimmung in den Kreisen der Fortbildungsschullehrer, weil Stadterwaltung und liberale Stadtverordnetenmehrheit den Lehrern einige Kollegen als Aufsichtsratsmitglieder auf die Nase gesetzt haben. Früher war die Schulleitung mehr eine kollegiale. Dem Protest der Fortbildungsschullehrer hat sich auch der Düsseldorfer Allgemeine Lehrerverein angeschlossen. In dem Inhalt dieses erst jetzt in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Protestes erfährt nun die Öffentlichkeit auch, wie man in Düsseldorf Jugendpfleger für die nationale Jugendbewegung zu pressen sucht. Die Protestresolution der Lehrer besagt darüber:

„Mit Entschiedenheit verweist sich der A. L. V. ferner gegen die Anordnung des Kuratoriums der gewerblichen Fortbildungsschule, daß in Zukunft bezahlte Ueberstunden nur an solche Fortbildungsschullehrer abgegeben werden sollen, die sich auch in der Jugendpflege betätigen, da diese Bestimmung der Jugendpflege den Charakter der Freiwilligkeit und damit die erste Voraussetzung geistlichen Erfolges nimmt. Er ist der festen Ueberzeugung, daß diese Verfügung durch den Herrn Oberbürgermeister rückgängig gemacht werden wird, umso mehr, da sie in keiner Weise den Anschauungen des Herrn Ministers und sonstiger leitender Stellen entspricht.“

Aus diesem Protest ergibt sich also, daß den Lehrern, welche die Jugendpflege-Tätigkeit mit ihrer Ueberzeugung nicht vereinbaren können, der Brotkorb höher gehängt wird, indem ihnen die bezahlten Ueberstunden entzogen werden. Wie traurig muß es um eine „Jugendpflege“ bestellt sein, die mit solchen Mitteln sich durchsetzen muß.

Genossenschaftsbewegung.

Polizeiliches aus Bommern. Die Polizeibehörden in Bommern machen nicht nur Jagd auf die Arbeiterjugend, Bildungsvereine, Arbeiterturner und Streikposten, sondern wollen auch die allgemeine Konsumvereinsbewegung unter ihre Fuchtel bringen. Im Kösliner Genossenschaftshaus wurde im März ds. Js. ein Lichtbildvortrag gehalten mit dem Thema: „Wie verbessern wir unsere Lebenshaltung?“ Beabsichtigt war, breitere Bevölkerungsschichten mit der genossenschaftlichen Organisation des Konsums bekannt zu machen und sie für den Konsumverein als Mitglieder zu gewinnen. Die Kösliner Polizei witterte hinter dieser Absicht allerhand Bedenkliches. Sie sandte deshalb einen Wachtmeister, der die Versammlung überwachen sollte. In dem Vortrag wurden Bilder von den Fortschritten auf dem Gebiete der Eigenproduktion durch den Zentralverband deutscher Konsumvereine gezeigt. Das ging dem Ueberwachenden anscheinend denn doch zu weit und so verlangte er von der Versammlungsleitung, sie solle die Jugendlichen unter 18 Jahre aus dem Saale weisen, denn der Vortrag sei als ein öffentlich-politischer anzusprechen. Die Leiter der Versammlung lehnten das selbstverständlich ab. Dafür erhielten sie jetzt ein Strafmandat über je 50 Mark zugestellt. Bemängelt wird in der Begründung noch, daß dem Beamten kein geeigneter Platz angewiesen worden sei, den er doch in einer solchen Versammlung zu beanspruchen hätte. Gegen diese Strafmandate ist natürlich richterliche Entscheidung beantragt.

11. ordentlicher Genossenschaftstag. Der 11. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine findet vom 14.—16. Juni 1914 in der „Zentralhalle“ in Bremen statt. Am 17. Juni wird im Anschluß hieran die 20. ordentliche Generalversammlung der Großverkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, am 18. Juni die 2. ordentliche Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine abgehalten. Seit Bestehen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist die Zahl der ihm angeschlossenen Organisationen von 685 auf 1297 gestiegen, die Zahl der diesen Vereinen angeschlossenen Mitglieder ist gemachsen von 575 449 auf 1 693 644. Der Gesamtumsatz der Konsumvereine betrug im Jahre 1903 176 400 000 Mark und ist bis zum Jahre 1913 angewachsen auf 674 Millionen Mark. Der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren erfährt eine Steigerung von 14 700 000 Mark auf 125 Millionen Mark. Das eigene Kapital vermehrte sich von 18 Millionen Mark auf 68 Millionen Mark, das fremde Kapital von 22 Millionen Mark auf 154 Millionen Mark.

Die Dampfer-Katastrophe in Kanada.

Am Sonntag morgen wurden 188 Leichen von Passagieren des verunglückten Dampfers auf dem Regierungsdampfer „Cady Grey“, eskortiert vom britischen Kreuzer „Essex“, nach Quebec gebracht. Die Mannschaft des „Essex“ brachte die Särge an Land, die Landung nahm anderthalb Stunden in Anspruch. Tausende von Personen, darunter zahlreiche Verwandte der Passagiere, aus allen Teilen Kanadas waren auf der Werft versammelt, wo die Särge aufgestellt wurden. Als diese geöffnet wurden, spielten sich überaus traurige Szenen ab. Vier Männer beanspruchten ein Kind, die Identifizierung der Leichen war überhaupt äußerst schwierig. Von den 176 Angehörigen der Heilsarmee, die an Bord des Unglückschiffes waren, sind 25 gerettet. 15 Leichen sind bis jetzt identifiziert. Viele der Särge wiesen Blutspuren auf und eine große Anzahl der Leichen ist furchtbar zugerichtet. Allen Anwesenden standen die Tränen in den Augen, und selbst Männer weinten, als 20 Leichen von Kindern aus den Särgen gehoben wurden. Die Leiche des bekannten Schauspielers Irving wurde am Sonntag an dem westlichen Ufer des St. Lorenzstromes unterhalb von Rimouski aus dem Wasser gezogen. Das Gesicht des Toten war bis zur Unkenntlichkeit entstellt, und nur ein Ring mit den Initialen L. J. diente zur Rekonstruktion. In der einen Hand hielt er ein Stück vom Nachgewand seiner Frau, die er, als er zuletzt gesehen wurde, mit aller Kraft über Wasser zu halten versuchte. Die Stadt Toronto hat besonders schwer unter dem Unglücksfall zu leiden. Von den 140 Passagieren, die aus Toronto stammen und auf der „Empress of Ireland“ nach Europa fahren wollten, haben nur 32 ihr Leben gerettet. Vor dem Bureau der Canadian Pacific Railway in Liverpool und London warteten vom Morgen bis zum Abend während der Feiertage riesige Menschenmengen auf die Herausgabe der Liste der Ueberlebenden. Enttäuschung und bitterer Schmerz malten sich auf den Gesichtern von Tausenden, als jede neue Liste keine Gewißheit über das Schicksal ihrer Angehörigen brachte.

Die Frage der Bergung des Wracks der „Empress of Ireland“ wird neuerdings günstiger beurteilt als zuerst. Die „Times“ melden aus Montreal unterm 1. Juni: Es wird jetzt erklärt, daß die „Empress of Ireland“ wahrscheinlich in nicht ganz 50 Meter Tiefe, während sich der obere Teil des Schiffes während der Ebbe nur etwa 16 Meter unter dem Wasserpiegel befindet. — An der Unglücksstelle steigen fortwährend Luftblasen aus dem Wasser empor.

Von Interesse ist die Aussage der Frau des Kapitäns vom Dampfer „Storstad“. Nach einem Bericht der „Times“ erklärte Frau Andersen: Es war schrecklich, aber ich glaube, es ist unnützlich, wenn die Zeitungen solche Vorwürfe gegen uns erheben, wie sie es tun. Mein Mann war vor dem Zusammenstoß gar nicht auf der Brücke, sondern schlief. Alles ging wie gewöhnlich. Mein Mann sagte seinem Maat immer, er solle ihn rufen, wenn etwas in Unordnung sei oder wenn Nebel aufträte. Es war jedoch ganz klare Nacht, als er sich gegen 11 Uhr zur Ruhe begab, und er hatte Befehl hinterlassen, ihn zu rufen, ehe der Lotse bei Father Point übernommen werden sollte. Etwas vor drei Uhr rief der Maat durchs Sprachrohr herunter: „Ich glaube, es gibt Nebel.“ „Gut“, sagte mein Mann, sprang aus dem Bett, zog nur gerade eben seine Beinkleider an und lief aus der Kabine mit seinem Pantoffeln in der Hand. „Hast Du irgend welche Besorgnis?“ fragte ich ihn. Er antwortete: „Ja, ich weiß nicht warum, aber ich bin besorgt.“ Aufstehen und aus der Kabine eilen war das Werk einer Minute. Er pflegte öfters in der Nacht aufzustehen, und ich stand sonst nie auf, aber etwas sah ich zu sagen, daß irgend etwas nicht in Ordnung sei. Ich sprang daher sofort auf und zog Schuhe und Strümpfe an und warf eine Schürze über mein Nachgewand. Ich nahm mir keine Zeit, dieses erst auszustehen und einen Kad anzulegen. In diesem Augenblick rief mein Mann durch das Sprachrohr herunter: „Steh auf!“ Ich antwortete: „Ich bin schon fertig.“ Dann kam ein Stoß. Da ich aber beim Bett stand, fiel ich nicht hin. In einer Minute war ich oben auf der Brücke und sah die „Empress of Ireland“ gerade vor unserem Bug. All das ging so rasch, daß ich glaubte, wir würden untergehen, und ich nahm mir vor, bis zum Ende auf der Brücke zu bleiben. Ich fragte meinen Mann: „Gehen wir unter?“ Und als er sagte: „Ich glaube“, erwiderte ich: „Nimm es nicht zu schwer und sage niemand etwas.“ Ich glaubte nämlich, es sei keine Zeit mehr zu Tadeln oder Vorwürfen. Ich konnte nicht schreien, ich glaubte, mein Platz sei bei meinem Mann und sagte zu ihm: „Lass uns zusammen untergehen.“ In dem Augenblick, wo das fremde Schiff verschwand, und zwar mit großer Schnellig-

leit, sagte ich zu meinem Mann: „Wie kann das sein? Das Schiff muß ganz in Ordnung sein, wenn es weiterfahren kann.“ Mein Mann hatte nämlich Befehl gegeben, das Schiff auf demselben Platz zu halten und den Bug nicht aus dem Loch herauszulassen. Wenn das andere Schiff nicht mit Vollampf weggefahren wäre, so hätten wir zusammenbleiben können, und das wäre sicher besser gewesen. Dann fragte ich meinen Mann: „Was willst Du nun tun?“ Er antwortete, er wolle versuchen, auf demselben Platz zu bleiben. Aber das andere Schiff ließ schnell weiter und alles wurde ruhig und dunkel. Ich wandte mich zu dem Oberingenieur auf der Brücke und fragte auch ihn, wie das zugehen konnte. Das Schiff fahre so schnell davon, ohne uns zu fragen, ob wir helfen wollten. Es müsse also auf ihm wohl alles in Ordnung sein. „Ja, es ist merkwürdig“, sagte mein Mann, während ich mich noch wunderte und fragte, ob wir untergehen würden. Der erste Maat und ein Teil der Mannschaft liefen nach vorn, um zu sehen, ob Wasser einströmte. Wir dachten, wir würden sinken. Sie riefen aber, wir seien noch flott. Daraus schlossen wir, daß auch das andere Schiff nicht gelitten habe. Ich bemerkte noch: „Wie merkwürdig, daß das Schiff uns nicht zu Hilfe kommt.“ Erst 5 Minuten später hörte man die ersten Hilferufe, auf die ich meinen Mann aufmerksam machte. Die Schreie schienen von der Küste zu kommen. Mein Mann gab jetzt Befehl, die Boote zu Wasser zu lassen. Wir konnten aber das andere Schiff nicht sehen, denn alle Lichter waren aus. Wir hielten nunmehr Kurs auf die Schreie zu und waren dann nicht mehr als die Länge unseres Schiffes von der Unglücksstelle entfernt. Als ich die Schreie hörte, wurde ich fast wahnsinnig und wollte über Bord springen. So lächerlich war es. Nach kaum 10 Minuten waren alle Rettungsboote heruntergelassen und ich hatte alles vorbereitet für die geretteten Passagiere. Ich habe von meinen Sachen nur zwei Hüsen und Röcke übrig behalten und gar keine Unterleider. Es war ein Glück, daß ich gerade zu Hause in Arendal in Norwegen mich neu ausgestattet hatte, denn die Sachen sind dort doch billiger als hier. Ich hatte mir alles gekauft, was man für eine Reise braucht und mein Mann hatte mich reichlich ausgestattet. Jetzt ist alles weg. Die geretteten Passagiere hatten nur Nachgewänder an und froren und zitterten. Wir versahen sie mit warmen Fäden und rieben sie warm. Eine Frau kam im Nachthemd und Korsett an Bord. Auf meine Frage, wie sie habe Zeit finden können, das Korsett anzuziehen, antwortete sie: „Ich weiß gar nicht, was ich angezogen habe.“ Ich konnte das Korsett nicht aufmachen, sondern mußte es ebenso wie das Nachthemd aufschneiden, weil es nah war, und ihr dann erst etwas von meinen Sachen geben.

Aus Nah und Fern.

Schredensstat einer Diebesbande. Wie aus Pismysl gemeldet wird, wurde in Piskulice nachts der Militärleibschierant Fuß von Räubern überfallen. Einer der Banditen erschlug ihn im Schlafe, ein anderer forderte von der Frau Geld. Als diese in der Todesangst keine Antwort geben wollte, wurde sie gleichfalls niedergeschlagen. Dann stützten die Mörder auf die Söhne und erschlugen den 13jährigen Arne, den 13jährigen Baruch und den 13jährigen Ignaz Fuß. Auch das zufällig anwesende Dienstmädchen fiel den Verbrechern zum Opfer, sie wurde so schwer verletzt, daß sie nach wenigen Stunden starb. Zwei kleine Kinder hatten sich versteckt und kamen mit dem Leben davon. Die Diebe raubten eine größere Barumme und Ketten. Den Nachforschungen der Polizei ist es bisher nur gelungen, einen verdächtigen Arbeiter festzunehmen. Man vermutet, daß die Täter Soldaten der Krakauer Feldartillerie sind, denen bekannt war, daß Fuß für Fleischlieferung mehrere tausend Kronen erhalten hatte. Fuß hatte das Geld aber noch nicht abgeholt.

Todessturz ins Mittelmeer. Der Flughändler Agostinelli ist in Antibes bei einem Sturz 300 Meter vom Ufer ins Meer gestürzt und ertrunken.

Ein Arbeiterjüngereifer unter Belagerungszustand. Trotz aller Verbote und Unterdrückungen, die dem vierten schlesischen Gaujüngereifer in Breslau zuteil geworden waren, hatten sie doch während der Pfingstfeiertage 98 Arbeitergefangenvereine zusammengefunden, die das Fest in dem Vorort Morgenau begingen. Das Festlokal war schon vor Beginn von drei Polizeioffizieren mit 50 Schulkleuten besetzt, die zunächst alle Kinder und alle unter 18 Jahre alten Personen aus den beiden Riesensälen und dem angrenzenden Garten vertrieben. Diese Maßnahme löste unter den Zehntausenden, meist mit Kindern anrückenden Protestanten ungeheure Entrüstung aus; die Ordner hatten alle Mühe, die Ausbrüche der Leidenschaft, besonders der Mütter, einigermaßen zu beschwichtigen. Das Festlokal war überfüllt, die Massen lauschten den Kampfesliedern unter den besonderen Umständen mit doppelter Aufmerksamkeit. Dem Festredner, Genossen Löbe, wurde brausender Beifall zuteil, als er auf das Empörende und Lächerliche des Verjudes hinwies, politisch zu verhindern, daß die Kinder hören, was die Eltern sagen! Bei dem Rückmarsch der Massen war der ganze Weg bis zum Gewerkschaftshaus alle 100 Schritte mit einer Polizeikette besetzt, die „Umzüge“ verhindern sollten, dazwischen patrouillierten alle Polizeioffiziere und die gesamte berittene Schutzmannschaft. Sämtliche Straßenkreuzungen und das Gewerkschaftshaus waren mit Schulkleuten zu Fuß und zu Pferde besetzt, die bis in die späten Abendstunden vergeblich auf die Umzügler warteten. Diese kamen erst am andern Morgen! Am zweiten Feiertag früh, ehe die Polizei erwachte, sammelten sich die Sänger und Genossen eilig in ihren Standquartieren und zogen, 400 Mann, zur die Wohnung des Oberbürgermeisters, der die Jahrhunderthalle verweigert hatte, ein zweiter Chor gleichzeitig zum Landratsamt, das die Genehmigung zum Singen unter freiem Himmel verbot, ein dritter zum Regierungspräsidium, das den Festzug verboten hatte, und um punkt acht Uhr morgens erschallten an allen drei Stellen die Lieder mitten in den Straßen und Promenaden, die man tags zuvor verboten hatte! Die Bürger in den vornehmen Stadtvierteln kauerten nicht wenig und guckten erschrocken hinter den Fenstergardinen hervor, als die kräftigen Arbeiterlieder durch die Straßen hallten. Sogar von einem vollbesetzten Dampfer der Oderlang das freie Lied zu dem am Ufer gelegenen Regierungspräsidium hinauf. Schließlich machte sich eine Schar Sänger zur Jahrhunderthalle auf, und ließ im Restaurant und den Ausstellungsanlagen ihre Lieder erklingen. Die Polizei, die eben erst abgerückt hatte, war nirgends zu sehen und als die Beamten erschienen, um die Sicherheit und Ordnung des Festgenusses vor den verbotenen Liedern zu schützen, waren die Sänger bereits wieder ignavis verschwunden! Der Schluß kam zu spät und alle Welt lagte über den hereinfallenden trotz geradezu kriegsmäßiger Räumungen. Um sich zu reorganisieren, besetzte die Polizei am Nachmittag wieder alle Säulenhallen des Gewerkschaftshauses mit Jagdgruppen und die Straße davor mit Berittenen, was dem weiteren guten Verlauf des Festes aber keinen Abbruch tat.

Ein russisches Wunder. Es ist ein launig glaubliches Faktum, ein russischer hoher Beamter, der sich nicht an menschlichen Geibern bereichert hat. Und doch soll es wahr sein. Als der frühere Ministerpräsident Kozlow von seinem Posten zurücktrat, wollte ihm Kaiserin 200 000 Rubel als Dank für 20 000 Rubel als Gnadengeld anweisen

lassen. Kozlowen soll das abgelehnt haben mit dem Worten, daß er als Finanzminister nicht soviel von der Kaiserin begehrt habe, um zuletzt selbst Geld zu nehmen. Also ein richtiges Wunder. Im materiellen Leben glauben aber auch die russischen Mächtigen nicht an Wundererscheinungen. Da man sich selbst kannte, und daher wußte, wie kleine Nebenwirkungen gemacht werden, wurde nachgefragt, ob Kozlowen wirklich eine einzigartige Erscheinung im russischen Beamten-tum sei. Man stellte Ermittlungen an, wieweit Geld der Minister während seiner Finanzherrschaft erhalten habe. Sonderbarerweise mußte festgestellt werden, daß er nur sehr wenig bezogen habe. Aber um ganz sicher zu gehen, ob Kozlowen wirklich aus der Art geschlagen sei, wurde der Untersuchungsrichter mit Nachforschungen betraut, ob der frühere Finanzminister nicht irgend ein Bankguthaben besitze. Auch diese Untersuchung soll negativ ausgefallen sein. Ganz Ausland ist sprachlos. Der Besitzer des Raritätenkabinetts Bar num soll auf dem Wege nach Rußland sein, um sich diese Attraktion für eine Welttournee zu sichern.

Eine Greisin verbrannt. Die 88jährige Witwe Dettmar in München erlitt einen qualvollen Tod. Die Frau hat wahrscheinlich aus Unvorsichtigkeit den Nachtmisch umgeworfen, auf dem eine brennende Lampe stand. Dadurch geriet das Zimmer in Brand. Nachbarn, die das Feuer bemerkten, retteten die Bedauernswerte noch lebend, doch starb sie nach kaum zwei Stunden infolge der erlittenen schweren Brandwunden.

Spioniererei. Eine geradezu skandalöse Affäre, die die Spioniererei in ihrer ganzen Lächerlichkeit zeigt, ist in der Gegend von Dortmund heraufbeschworen worden. Ein Gendarm wollte in seinem Uebereifer in dem Braumeister Madenzi aus Johannesburg (Transvaal) einen Spion erblickt haben. Der Braumeister besand sich auf einer Studienreise und es ist zu verstehen, daß er auch der westfälischen Bier-Metropole einen Besuch abstattete. Die Dortmund-Firma für Brauerei-Bedarfsartikel Kramer u. Schröder stellte dem Gast einen Begleiter, der ihm die Umgebung dortmunds zeigte. Nach Besichtigung mehrerer Brauereien machten sie einen Ausflug nach der Hohenburg, auf dem Heimweg begiffen, kehrten sie in Wellingshofen noch einmal ein. Dort erdichtete ein Gendarm, erklärte den Braumeister für verhaftet, legte ihm Fesseln an und transportierte ihn nach dem Ortsgefängnis, weil er der Spionage verdächtig sei. Diesen schweren Verdacht gründete der Gendarm darauf, daß der Verhaftete mit seinem Begleiter — englisch gesprochen habe! Der Braumeister wurde unter diesen Umständen natürlich sofort wieder entlassen.

Ein Förster von Wilderern erschossen. Im Walde von Kirchheilen in Westfalen wurde der herzoglich Ahrenbergische Förster Döflinger auf einem Dienstaufgang von Wilderern nach heftigem Kampf erschossen. Von den Tätern hat man bis jetzt keine Spur. Der Erschossene war 54 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe mit neun Kindern.

Schweres Autounfall. Der Chauffeur Dettmann des Bergwerksdirektors Hiddemann in Dessau hatte ohne Wissen seines Herrn mit einer jungen Dame und einem zweiten Chauffeur eine Ausfahrt unternommen, bei der beide Chauffeure stark kneipen. Auf dem Heimwege streifte das Automobil bei einer Straßenkreuzung einen Wegweiser. Das Automobil schlug um. Die junge Dame brach das Genick und war sofort tot. Der mitfahrende Chauffeur wurde schwer verletzt. Als der Chauffeur Dettmann sah, was er angerichtet hatte, verletzte er sich durch zwei Revolverschüsse tödlich.

Der Kampf gegen das „staatsfeindliche“ Turnen. Der Polizeikrieg gegen die Arbeitervereine nimmt allmählich groteske Formen an. Die Stadtverwaltung in Lichtenberg, einem Berliner Vorort, wollte eine kommunale Anleihe von 12 Millionen Mark aufnehmen. Von dieser Summe sollten 160 000 Mark zum Bau einer Turnhalle verwendet werden, die allen Bürgern zur Verfügung stehen sollte. Die Regierung witterte darin eine Gefahr und strich diese 160 000 Mk. von der Anleihe ab. Allem Anschein nach wird die Absicht der Regierung aber doch nicht in Erfüllung gehen, denn die Lichtenberger Stadtverwaltung gedenkt nun, diese Turnhalle aus disponiblen Mitteln zu erbauen, wogegen der Regierung ein Einspruchsrecht nicht zusteht.

Wie Landarbeiterkinder sterben. Dieser Tage sind auf einem Dominium im schlesischen Kreise Waldenburg drei Arbeiterkinder verbrannt, während Vater und Mutter auf dem Acker des Großgrundbesizers arbeiteten. Das dritte Kind, das noch lebend aus den Flammen gerettet wurde, starb an den Wunden, weil im Dorf und in der nächsten Nachbarschaft kein Arzt aufzutreiben war. Jetzt wird aus dem schlesischen Kreise Hirschberg eine ähnliche Kindertragödie gemeldet. Ein Kreisotättchen aus dem Riesengebirge bringt folgende trockene Meldung aus Fischbach im Riesengebirge: „Das 14jährige Kind einer auf dem Dominium beschäftigten polnischen Arbeiterfamilie wurde, während sich die Eltern auf Arbeit befanden, in seinem Bettchen von Ratten angenagt und namentlich am Rücken schrecklich zugerichtet. Dieser Tage ist das arme Wesen den schweren Verletzungen erlegen.“ — Keine Zeile weiter bringt das amtliche Kreisblättchen. Es gilt als selbstverständlich, daß die Arbeiter-Mutter ihre hilflosen Kleinen ohne Rücksicht auf mögliche Gefahren ihrem Schicksal überlassen muß. Und wie erbärmlich müssen aber auch die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande sein, wo die Kinder der Sachsgänger ein bequemer Raub der Ratten werden können.

Neue Gewalttätigkeiten der englischen Suffragetten. Von den Suffragetten sind weitere Gewalttätigkeiten verübt worden. Eine junge Frau, die in der Doregalerie Zeichnungen beschädigte, wandte sich mit dem Beile gegen den Aufseher, der sie verhaftete und verlegte ihn schwer. Drei Frauen schlugen vor dem Holloway-Gefängnis den Gefängnisarzt mit der Reitpeitsche. Zwei andere Frauen griffen heftig die Herausgeber zweier Belfast-Zeitungen an, schlugen sie und bewarfen sie mit Leimtöpfen. In Belfast wurde ein Haus von Suffragetten in Brand gesetzt. Zwei Frauen wurden verhaftet, wovon eine Männerkleidung trug.

Ein „Erstklägler“ ausgerückt. In Berlin wird seit einigen Tagen vor dem Schwurgericht gegen den des Meineids angeklagten früheren Oberleutnant Theobald Brumm von Seldeneck verhandelt. Da es sich um keinen gewöhnlichen Sterblichen handelte, sondern um einen der „Edelsten und Besten“, befand sich der Angeklagte auf freiem Fuße. Er ließ diese günstige Gelegenheit nicht unbenutzt. Am Morgen des 2. Juni fehlte Brumm beim Aufruf und es stellte sich heraus, daß er während der Feiertage geflüchtet ist, wahrscheinlich ins Ausland. Das Gericht beschloß gemäß § 20 Abs. 2 der Strafprozessordnung in Abwesenheit des Angeklagten weiter zu verhandeln. Das Gericht erließ einen Haftbefehl, der bei dem großen Vorprung des Entflohenen wenig Erfolg verspricht.

Ein Theaterdirektor verhaftet. Auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin wurde ein Theaterdirektor verhaftet, als er Begriffe stand, nach Hamburg abzudampfen. Wie er festgehalten ist, seine Verhaftung erfolgt, weil er einen Offenbarungsbuch leisten soll.

Blutiger Streit zwischen zwei Gefangenen. Nach einer Meldung der „Boslichen Zeitung“ gerieten zwei Insassen eines Gefängnisses in Palermo um ein Stück Schwarzbrot in Streit und forderten sich zum Zweikampf. In Gegenwart von achtzehn anderen Gefangenen steckten sie die Distanz an und gingen dann mit aufgelegten Gitterstäben von einem Fenster aufeinander los. Im zweiten Gang stürzte der eine mit durchbohrtem Herzen tot nieder. Der Gegner stellte sich dem Gefängnisdirektor.

Beim Segeln verunglückt. Dienstag vormittag hat sich auf dem hinter Potsdam gelegenen Schwielow-See ein Bootsunfall zugetragen, dem zwei Personen zum Opfer gefallen sind. Als ein mit sechs Personen besetztes Segelboot beim Gänsehorn vorüberfuhr, wurde das Boot von einem plötzlichen Windstoß zum Kentern gebracht. Sämtliche Insassen fielen ins Wasser. Ein Fräulein Baum aus Leipzig, das in Berlin zu Besuch weilte, kam unter das große Segel und ertrank. Der Kaufmann Gustav Biermann, der das Fräulein retten wollte, verwickelte sich in das schwere Segel und ertrank ebenfalls.

Ein schwerer Unfall hat sich Dienstag in der Gaswerkfabrik von Ziegler in Paris zugetragen. Ein mit flüssiger Kohlenäure gefüllter Eisenbehälter explodierte plötzlich. Durch die umherfliegenden Eisenteile wurden drei Arbeiter lebensgefährlich verletzt. Einer von ihnen ist bereits gestorben.

Autounfall. Auf der Havelchauffee bei Potsdam fuhr am Dienstag abend ein kleines Privatautomobil infolge eines Defektes gegen einen Baum. Während der Lenker unverletzt blieb, wurde der Passagier verletzt und in bewußtlosem Zustande nach der nächsten Unfallstation gebracht. Der Name des Verunglückten konnte bisher nicht festgestellt werden. Das Automobil geriet durch die Explosion des Benzinbehälters in Brand.

Grubenknappen. Auf der Zeche Ewald Fortsetzung bei Reddinghausen wurden drei Bergarbeiter von herabstürzenden Gesteinsmassen erschlagen. Nach stundenlangem angestrengter Rettungsarbeit, die infolge weiterer Gesteinsnachsätze sehr schwierig war, konnte ein Bergmann lebend geborgen werden. Er hatte sehr schwere Wunden erlitten. Die beiden anderen Knappen, die verheiratet sind und Familie besitzen, waren bereits tot. Auf der Zeche General Blumenthal wurden fünf Bergarbeiter durch Zubrechgehen einer Strecke von der Außenwelt abgeschnitten. In diesem Falle gelang es, die Strecke wieder freizumachen, so daß sämtliche Bergleute unverletzt geborgen werden konnten.

Schweres Explosionsunglück. Im Hause Josefsstraße 2 in Eikendorf bei Aachen entstand nachts durch lagendes Karbit eine Explosion. Eine Frau kam in den Flammen um. Die Bewohner des ersten Stockwerks sprangen auf die Straße; dabei brach eine Frau beide Beine, ein Mädchen erlitt schwere Verletzungen an Armen und Gesicht.

Allerlei Wissenswertes.

Richtiges Tiefatmen.

Viele Menschen sind der Meinung, wenn sie einmal in die Luft einatmen, dann müßte gleich die ganze Lunge von frischer Luft durchdrungen sein. Selbst bei den tiefsten Atemzügen aber bleibt immer ein Teil Luft in den Lungen zurück, die sog. „rückständige Luft“. Es ist immer nur ein Sechstel bis ein Siebtel der Luftmenge, welche die Lunge fassen kann, die als Atemluft ein- und ausgeatmet wird. Es ist deshalb klar, daß man schon eine längere Zeit regelmäßig die Luft tief in die Lungen ziehen und kräftig auspressen muß, wenn man eine völlige Erneuerung der Luft bis in das letzte Lungenbläschen erreichen will. Bei den meisten Menschen wird der Brustkasten, weil sie nicht richtig tiefatmen, nur wenig ausgedehnt.

Wie geht ein richtiges Tiefatmen vor sich? Während beim Beginn des Einatmens der Brustkasten sich scheinbar nach allen Seiten zugleich aufzublähen beginnt, ist es doch zunächst das Zwerchfell, das wie der Stempel einer Dampfmaschine sich nach unten bewegt und die Eingeweide nach außen drängt, daß die Bauchwand sich sichtbar vorwölbt. Dann heben sich die Rippen des mittleren Brustkastens nach oben und außen, und schließlich steigt die Bewegung hinauf, die Schultern etwas nach oben drängend. Man spricht deshalb bei Sängern und Schauspielern auch von Bauch-, Flanken- und Schulteratmen, die aber bei richtigem Atmen merklich ineinander übergehen müssen. Das Ausatmen geschieht dann in genau umgekehrter Folge: erst sinken die Schultern ein, dann ziehen sich die Rippen in den Flanken zusammen, und zum Schluß wölbt sich das Zwerchfell wieder tief in die Brusthöhle hinauf. Wenn durch zu wenigen Gebrauch die Muskeln des Zwerchfells nicht genügend ausgebildet sind, helfe man durch Übungen nach. Bei den Atemübungen verfährt man am besten so, daß man vor dem offenen Fenster, den Oberkörper nur mit einem leichten Gewand bekleidet, in sog. Grundstellung (steht) leichte, grad-aufrechte Haltung, Fersen geschlossen). Dann legt man die Arme hinter den Kreuz zusammen und übt das in dieser Stellung besonders leichtfallende Bauchatmen. Dann übt man das Flankenatmen, wobei man besonders auf die Ausdehnung des mittleren Brustkastens achtet. Zum Schluß übt man das Schulteratmen. Man verstehe das aber nicht so, als sollte jedesmal ausschließlich nur die eine Art des Atmens angewendet werden. Alle drei Arten müssen bei jeder Übung in Tätigkeit kommen. Man präge sich aber ja ein, daß bei allen diesen Übungen nicht gewaltsam vorgegangen werden darf. Das gilt ganz besonders bei beginnendem Lungenleiden. (Nach d. „Naturarzt“ Nr. 4).

Turnerisches von der „Bugra“.

Auf der Weltausstellung für das Buchgewerbe und Graphit in Leipzig ist auch der Arbeiterturnbund vertreten. In der Abteilung für die Fachpresse ist in einer sehr wirkungsvollen Darstellung die Bundespresse zur Anschauung gebracht. Neben den 4 Zentralorganen ist die gesamte Kreis-, Bezirks- und Kreispresse vertreten, so daß der Besucher ein umfassendes Bild von dem geistigen Leben der Organisations geboten wird. In dem großen Gebäude für das Buchgewerbe hat der Bund gemeinsam mit dem Leipziger Parteigeschäft und dem Arbeiterbildungsinstitut einen Raum inne, der sich großer Anziehungskraft erfreut. Das hier Gebotene gibt ein getreues Spiegelbild der ausstrebenden Arbeiterbewegung auf dem Gebiet des Bildungswesens weit über die Grenzen hinaus. Wir können unseren, die Ausstellung besuchenden Lesern die Beachtung dieser Räume nur empfehlen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Abbed.